

Vertrauensfrage im Bundestag: Wird nach der Neuwahl alles besser?



Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

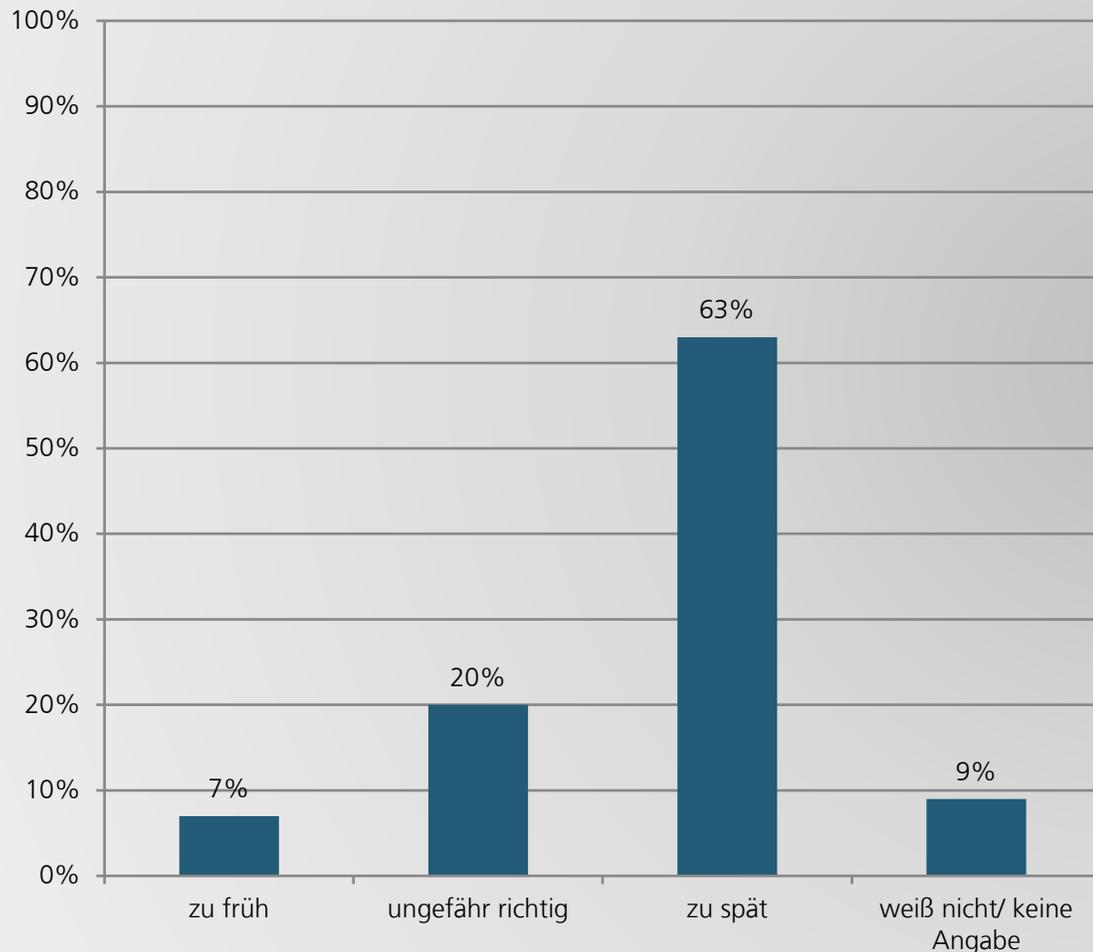
- Für die meisten Befragten wird die [Vertrauensfrage zu spät gestellt](#) (S. 2)
- Ginge es nur um den Amtsinhaber, [würde jede und jeder Vierte Scholz das Vertrauen aussprechen](#) (S. 4 f.)
- [Rund die Hälfte hält den 23. Februar für einen guten Wahltermin \(S. 6\)](#) – leicht [überdurchschnittlicher Unmut am Termin in Sachsen](#) (S. 7)
- Jedem Fünften macht [Wahlkampf im Winter etwas aus](#)
- [Persönliche Jahres-Bilanz der MDRfragt-Gemeinschaft](#) fällt ähnlich positiv aus wie im Vorjahr (S. 19 f.)– [die Jahres-Bilanz mit Blick auf die allgemeine Entwicklung so negativ wie bereits 2023](#) (S. 21 f.)
- Mit Blick auf persönliche Zukunft [überwiegt Sorge vor Zuversicht](#) (S. 23)
- Ausblick 2025: [Deutliche Mehrheit findet Fortführung des Deutschlandtickets sinnvoll](#), je [jünger, desto mehr](#) (S. 24-33)
- Meinungsbild aus Sachsen: [Viel Zweifel im Freistaat an Stabilität neuer Minderheitsregierung](#) (S. 34 ff.)



Laufzeit: 6. bis 9. Dezember 2024,
24.211 Teilnehmende, davon 12.488 aus Sachsen, 5.825 aus Sachsen-Anhalt und 5.898 aus Thüringen

Jede und jeder Fünfte findet Zeitpunkt für Vertrauensfrage richtig – meiste als zu spät

Frage: Seit dem 6. November – und dem Bruch der Ampel-Koalition – hat die Regierung von Kanzler Olaf Scholz keine eigene Mehrheit mehr. Jetzt, konkret am 16. Dezember, will Kanzler Scholz die Vertrauensfrage stellen, um den Weg für Neuwahlen freizumachen. Wie bewerten Sie den Zeitpunkt für die Vertrauensfrage?



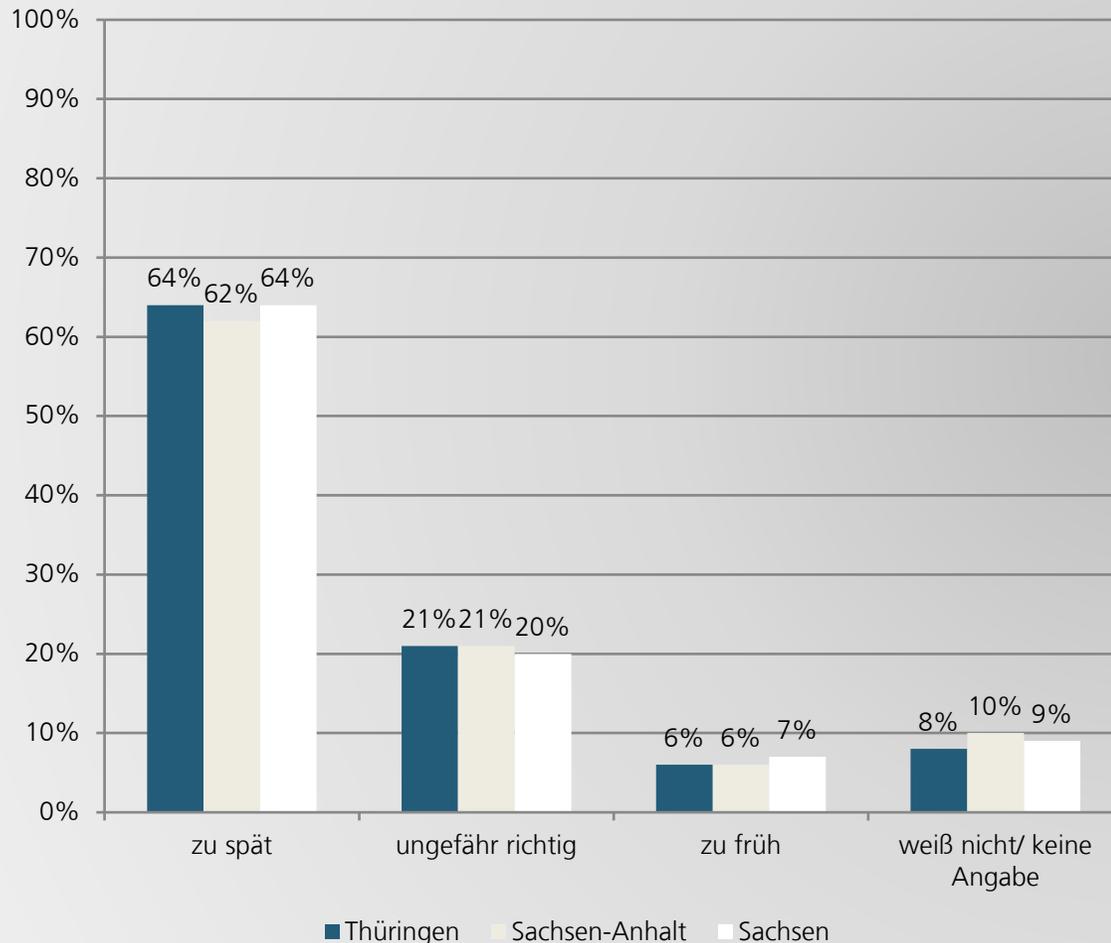
Für den Weg zu vorzeitigen Neuwahlen gibt es vor allem zwei Wege: Der Regierungschef oder die Regierungschefin kann die Vertrauensfrage stellen – oder im Parlament wird ein konstruktives Misstrauensvotum beantragt. In beiden Fällen gilt: Stimmt eine Mehrheit im Bundestag gegen den Regierungschef, dann kann der Bundestag aufgelöst und Neuwahlen angesetzt werden. Das letzte Wort hat der Bundespräsident.

Nach dem Bruch der Ampel-Regierung läuft es jetzt darauf hinaus, dass Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am 16. Dezember 2024 die Vertrauensfrage stellt.

In der MDRfragt-Gemeinschaft hält das jede und jeder Fünfte (20 Prozent) für den ungefähr richtigen Zeitpunkt. Dreimal so hoch ist der Anteil derjenigen, die finden: Dieser Zeitpunkt für die Vertrauensfrage ist zu spät (63 Prozent). Für zu früh hält kaum jemand den Zeitpunkt (7 Prozent). Eine von zehn Befragten positioniert sich in dieser Frage nicht.

Blick auf die Bundesländer: Vertrauensfragen kommt Mehrheit jeweils zu spät

Frage: Seit dem 6. November – und dem Bruch der Ampel-Koalition – hat die Regierung von Kanzler Olaf Scholz keine eigene Mehrheit mehr. Jetzt, konkret am 16. Dezember, will Kanzler Scholz die Vertrauensfrage stellen, um den Weg für Neuwahlen freizumachen. Wie bewerten Sie den Zeitpunkt für die Vertrauensfrage? **(Auswertung nach Bundesländern)**



Kommt die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers zu früh, genau richtig oder zu spät? In dieser Frage gibt es keine unterschiedlichen Ansichten zwischen den Bundesländern:

Jeweils fast zwei Drittel finden: Die Vertrauensfrage kommt zu spät (Thüringen: 64 Prozent; Sachsen-Anhalt: 62 Prozent; Sachsen: 64 Prozent).

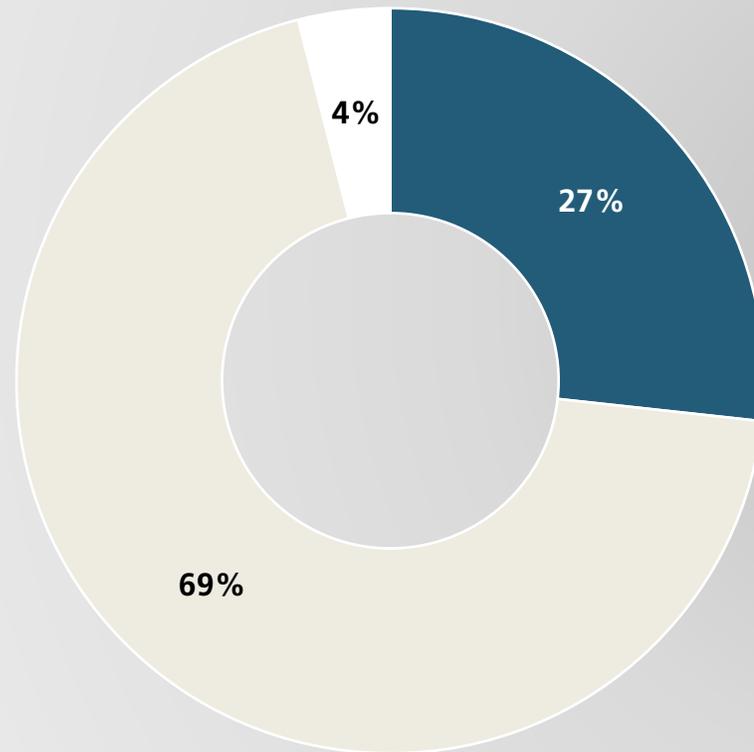
In allen drei Bundesländern sagen jeweils zwei von zehn Befragten, der Zeitpunkt sei ungefähr richtig (Thüringen: 21 Prozent; Sachsen-Anhalt: 21 Prozent; Sachsen: 20 Prozent).

Für rund jede und jeden Zwanzigsten kommt die Vertrauensfrage zu früh (Thüringen: 6 Prozent; Sachsen-Anhalt: 6 Prozent), Sachsen: 7 Prozent).

Jeweils rund eine von zehn Befragten positioniert sich in dieser Frage nicht (Thüringen: 8 Prozent; Sachsen-Anhalt: 10 Prozent; Sachsen: 9 Prozent).

Blick auf Amtsführung: Jede und jeder Vierte würde Scholz das Vertrauen aussprechen

Frage: Und mal kurz angenommen, es würde nur Olaf Scholz als Bundeskanzler gehen: Würden Sie persönlich dem Bundeskanzler Ihr Vertrauen aussprechen, damit er zunächst im Amt bleiben kann?



■ (eher) ja □ (eher) nein ■ weiß nicht/ keine Angabe

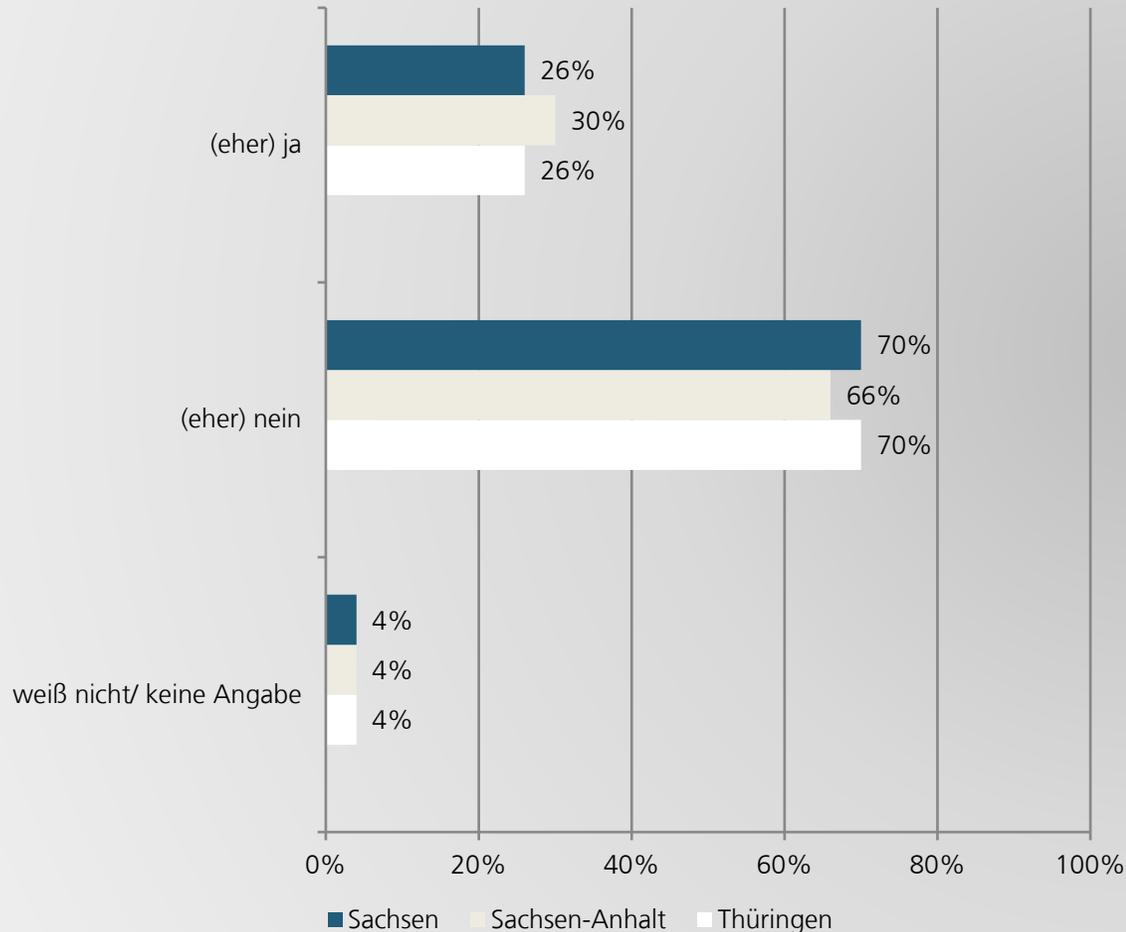
Mit der Entlassung von FDP-Chef Christian Lindner als Finanzminister und dem darauf folgenden Rückzug der Liberalen aus der Bundesregierung haben die regierungstragenden Fraktionen im Bundestag, konkret SPD und Grüne, keine eigene Mehrheit mehr und muss für jedes Vorhaben Stimmen aus der Opposition organisieren. Die Vertrauensfrage soll gestellt werden, um Neuwahlen zu ermöglichen. Scholz will sie also verlieren.

Ginge es nur um das Amt des Bundeskanzlers und die Arbeit von Olaf Scholz, dann würde etwa jede und jeder Vierte (27 Prozent) im MDRfragt-Stimmungsbild dem Regierungschef das Vertrauen aussprechen.

Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) würden das hingegen nicht tun.

Blick in die Bundesländer: Etwas mehr Vertrauen für Scholz in Sachsen-Anhalt

Frage: Und mal kurz angenommen, es würde nur Olaf Scholz als Bundeskanzler gehen: Würden Sie persönlich dem Bundeskanzler Ihr Vertrauen aussprechen, damit er zunächst im Amt bleiben kann? **(Auswertung nach Bundesländern)**



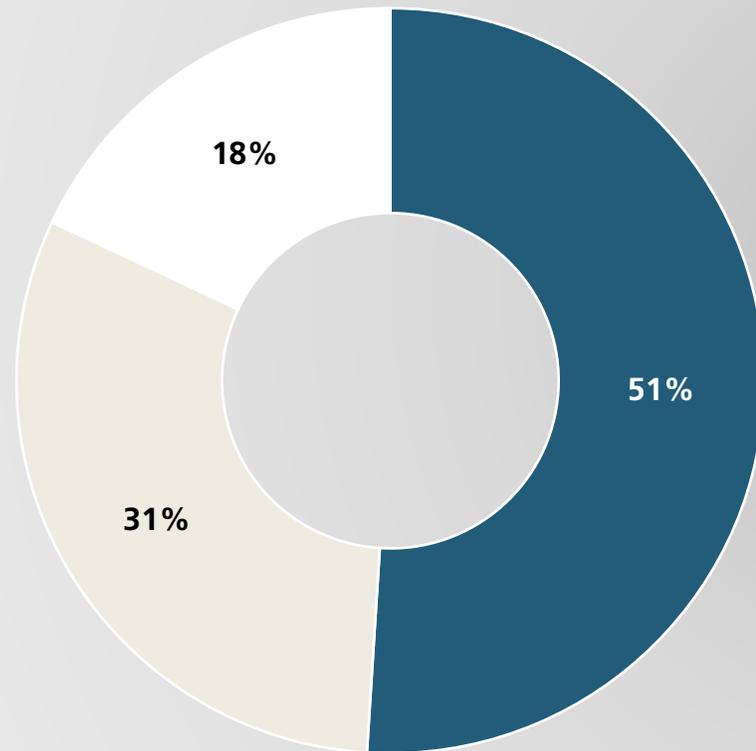
Ein Blick in die Bundesländer zeigt: Es gibt nur graduelle Unterschiede.

So gibt es in Sachsen-Anhalt einen geringfügig höheren Anteil an Befragten, sie würden Bundeskanzler Scholz ihr Vertrauen angeben (30 Prozent) als in Sachsen (26 Prozent) und Thüringen (26 Prozent).

Doch auch hier würde eine deutliche Mehrheit in jedem Bundesland dem Kanzler nicht das Vertrauen aussprechen (Sachsen-Anhalt: 66 Prozent; Sachsen: 70 Prozent; Thüringen: 70 Prozent).

Rund die Hälfte hält 23. Februar für guten Wahltermin

Frage: Wenn Olaf Scholz die Vertrauensfrage verliert und der Weg für vorgezogene Neuwahlen frei ist, dann steht der Zeitplan schon fest: Am 23. Februar soll ein neuer Bundestag gewählt werden. Wie finden Sie den 23. Februar als Termin für die vorgezogenen Bundestagswahlen?



■ (eher) gut □ (eher) schlecht □ weiß nicht/ keine Angabe

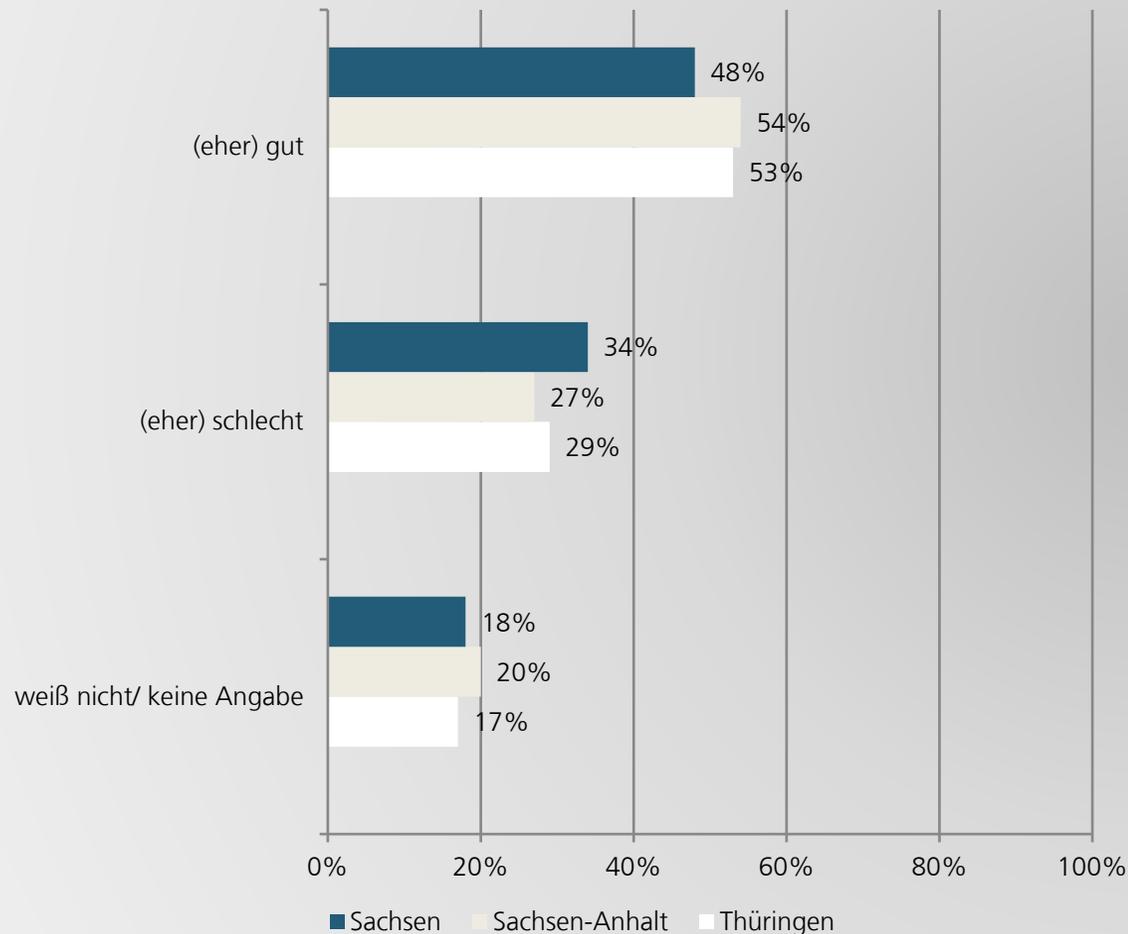
Schon bevor die Vertrauensfrage gestellt wurde, gab es Gespräche darüber, auf welchen Sonntag die vorgezogenen Neuwahlen am besten fallen sollte. Kanzler Scholz hatte ursprünglich einen Termin Ende März vorgeschlagen. Nach viel Kritik daran einigte man sich schließlich auf den 23. Februar.

Im MDRfragt-Stimmungsbild meint rund die Hälfte der Befragten (51 Prozent), der Termin sei gut oder eher gut. Drei von zehn Befragten (31 Prozent) halten den Termin für schlecht oder eher schlecht.

Fast zwei von zehn Befragten (18 Prozent) positionieren sich in dieser Frage nicht.

Blick in die Bundesländer: In Sachsen etwas mehr Unmut über den Wahltermin

Frage: Wenn Olaf Scholz die Vertrauensfrage verliert und der Weg für vorgezogene Neuwahlen frei ist, dann steht der Zeitplan schon fest: Am 23. Februar soll ein neuer Bundestag gewählt werden. Wie finden Sie den 23. Februar als Termin für die vorgezogenen Bundestagswahlen? **(Auswertung nach Bundesländern)**

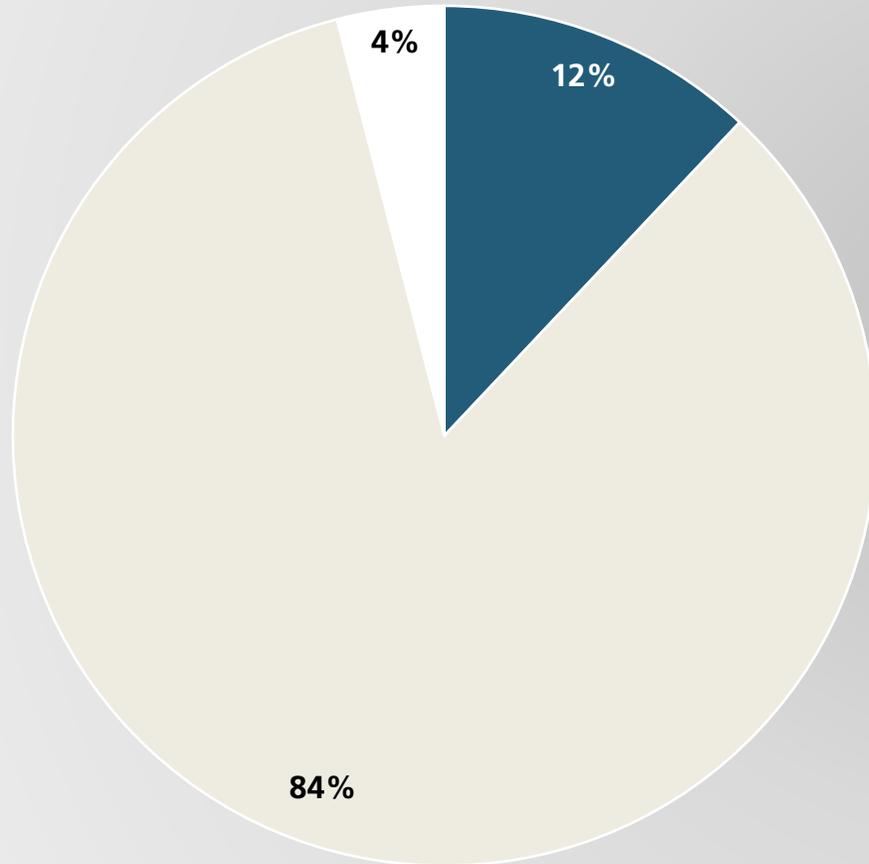


Der aktuelle geplante Wahltag, der 23. Februar 2025, liegt mitten in den sächsischen Winterferien – fällt aber nicht in die Ferien von Sachsen oder Sachsen-Anhalt.

Tatsächlich zeigt sich im Stimmungsbild: Die sächsische MDRfragt-Gemeinschaft (34 Prozent) findet den geplanten Wahltermin häufiger schlecht oder eher schlecht, als die Befragten in Thüringen (29 Prozent) oder Sachsen-Anhalt (27 Prozent).

Umgekehrt gilt: In allen drei Bundesländern hält jeweils rund die Hälfte der Befragten den Wahltermin für gut oder eher gut. In Sachsen liegt dieser Anteil etwas niedriger (48 Prozent) als in Thüringen (53 Prozent) und Sachsen-Anhalt (54 Prozent).

Frage: Nach monatelangem Streit ist die Ampel-Regierung zerbrochen und alle Zeichen stehen darauf, dass es mit vorgezogenen Neuwahlen eine neue Regierung gibt. Gleichzeitig gibt es seit dem Ampel-Bruch keine klaren Mehrheiten mehr im Bundestag. Ein Bundeshaushalt für 2025 wird vor der Wahl nicht mehr beschlossen. Wenn Sie auf die Zeit bis zu den Neuwahlen blicken: Welches Gefühl überwiegt bei Ihnen eher mit Blick auf die Bundespolitik?



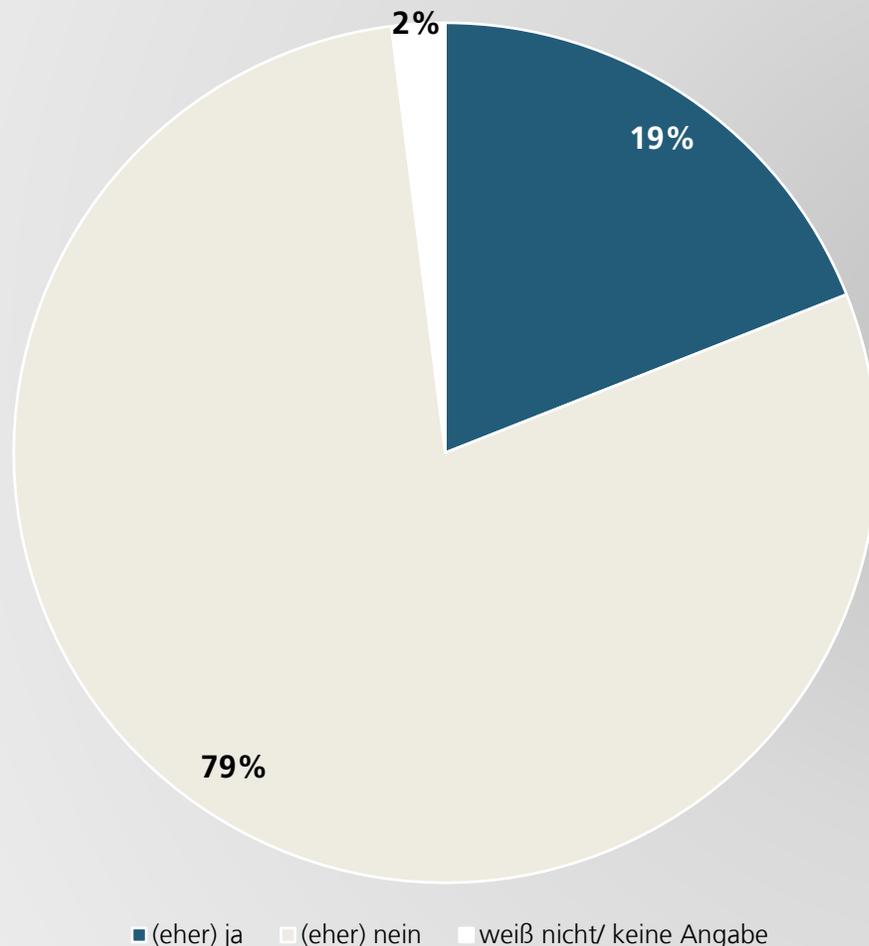
■ (eher) Zuversicht □ (eher) Sorge □ weiß nicht/ keine Angabe

Erstmal kein Bundeshaushalt und keine klaren Mehrheiten im Bundestag – aber auch die Aussicht auf eine zeitnahe neue Regierung mit klaren Mehrheiten. In die Zwischenzeit fällt der Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident und einen Tag nach den Neuwahlen jährt sich der russische Überfall auf die Ukraine zum dritten Mal.

In der MDRfragt-Gemeinschaft überwiegt mit Blick auf die kommenden Monate deutlich die Sorge (84 Prozent). Nur etwa eine von zehn Befragten (12 Prozent) fühlt hingegen Zuversicht oder eher Zuversicht.

Rund jeden Fünften stört Wahlkampf in Weihnachts- und Winterzeit

Frage: Jetzt ist bald Weihnachten – und Stand jetzt wird genau zwei Monate später ein neuer Bundestag gewählt. Hand aufs Herz: Macht es Ihnen etwas aus, dass der Wahlkampf dieses Mal in die Advents- und Winterzeit fällt?



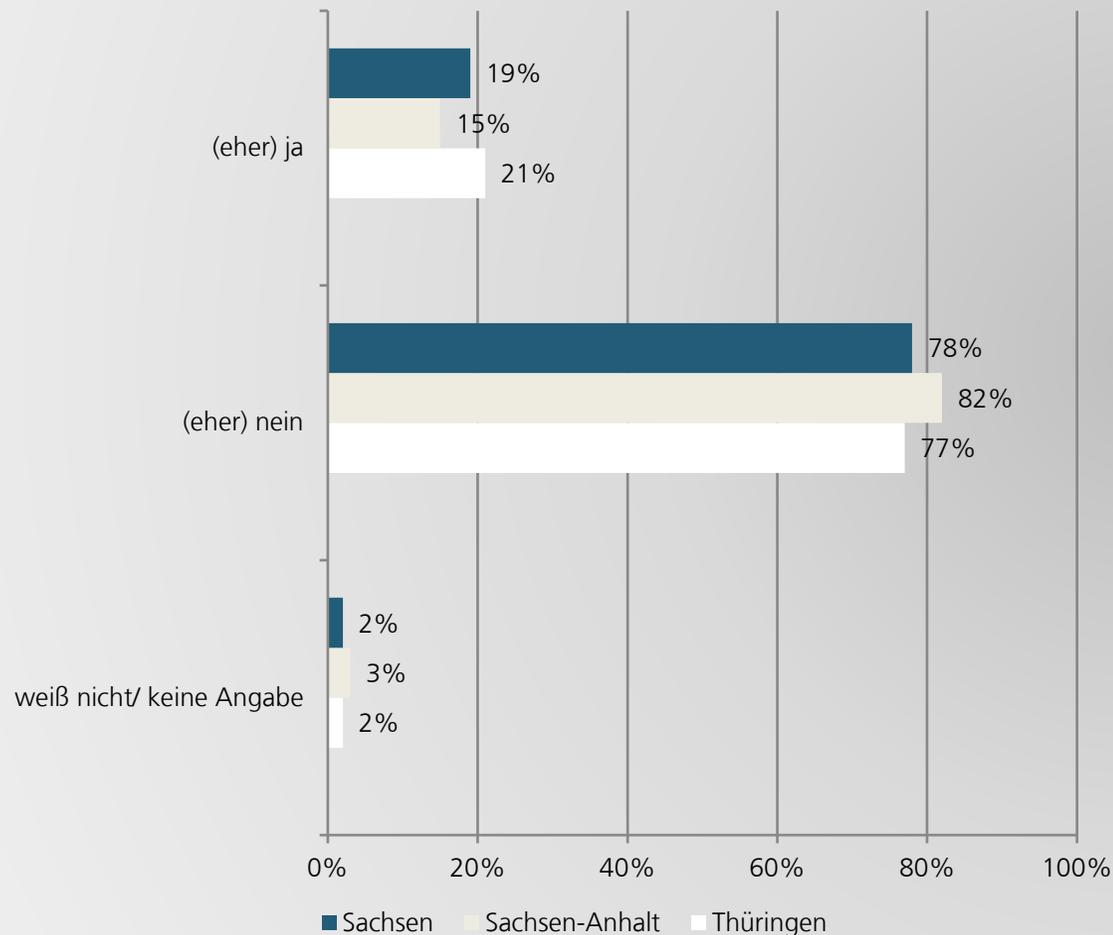
In den vergangenen Jahrzehnten war Bundestagswahl im Spätsommer beziehungsweise Frühherbst. Das hieß auch: Wahlkampfzeit war im warmen Sommer und in keiner zeitlichen Konkurrenz zu so groß zelebrierten Traditionen und Festivitäten, wie es die (Vor-)Weihnachtszeit ist.

Durch die vorgezogenen Neuwahlen verschieben sich Wahlkampf und Wahltag in die dunkle und kalte Jahreszeit – und zumindest ersteres überlagert sich mit Weihnachtsmärkten, Weihnachtseinkäufen und Co.

In der MDRfragt-Gemeinschaft macht es jeder und jedem Fünften (19 Prozent) etwas aus, dass der Wahlkampf in die Advents- und Winterzeit fällt. Der deutlich größere Teil der Befragten (79 Prozent) sagt hingegen: Das macht mir nichts aus!

Blick auf die Bundesländer: In Sachsen-Anhalt stört winterliche Wahlkampfzeit am wenigsten

Frage: Jetzt ist bald Weihnachten – und Stand jetzt wird genau zwei Monate später ein neuer Bundestag gewählt. Hand aufs Herz: Macht es Ihnen etwas aus, dass der Wahlkampf dieses Mal in die Advents- und Winterzeit fällt? **(Auswertung nach Bundesländern)**



Wahlkampf in der dunklen Winterzeit statt im warmen Sommer - und noch dazu teilweise parallel zur trubeligen Advents-, Weihnachts- und Silvesterzeit: Ist das ein Problem?

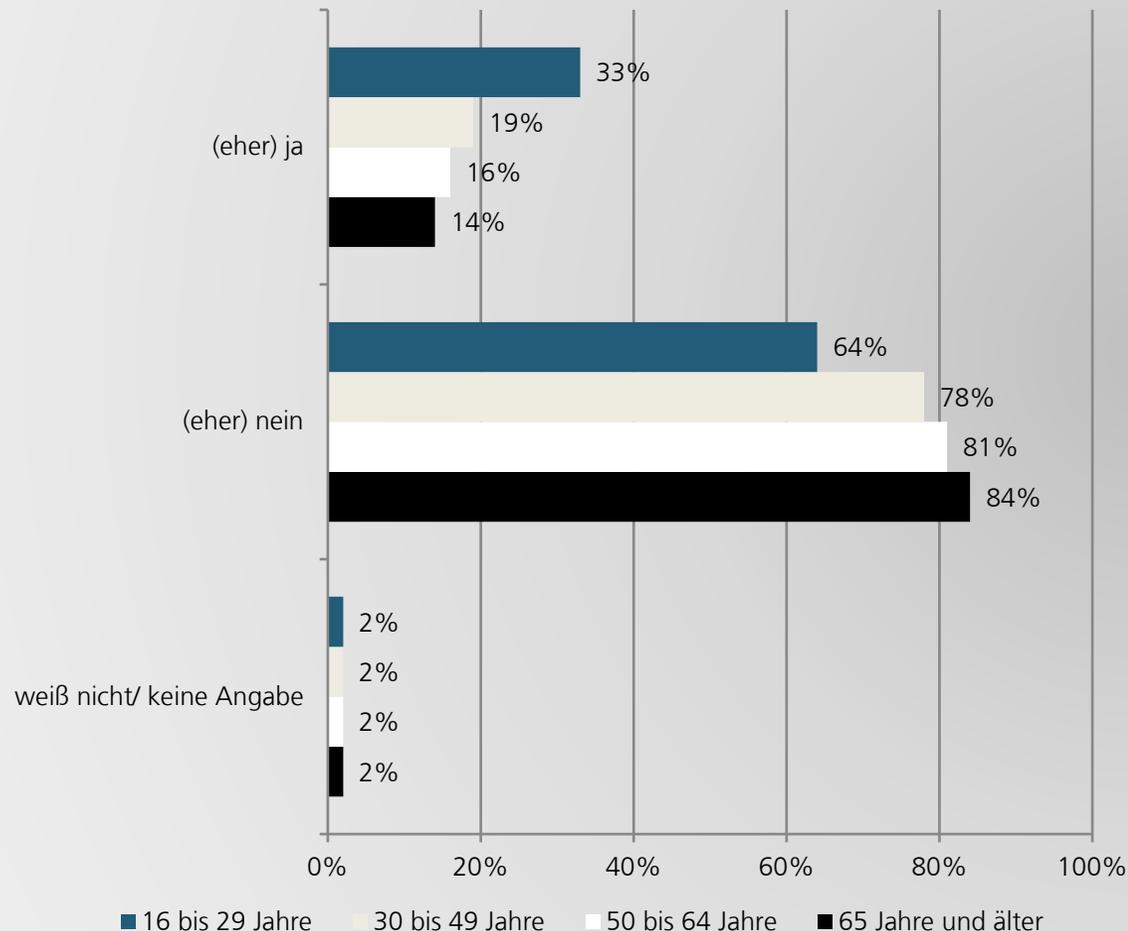
Am ehesten sehen das Befragte aus der Thüringer MDRfragt-Gemeinschaft so (21 Prozent), in Sachsen ist der Anteil derjenigen, die Wahlkampf im Winter stört, nur unwesentlich geringer (19 Prozent). Die Befragten in Sachsen-Anhalt stören sich demnach am wenigsten am winterlichen Wahlkampf (15 Prozent).

Gleichzeitig gilt: Diejenigen, die winterlicher Wahlkampf stört, sind in allen drei Ländern in der Unterzahl.

Jeweils etwa 8 von 10 Befragten stört der winterliche Wahlkampf eher nicht (Sachsen: 78 Prozent; Sachsen-Anhalt: 82 Prozent; Thüringen: 77 Prozent).

Je älter, desto weniger stören sich die Befragten an Wahlkampf im Winter

Frage: Jetzt ist bald Weihnachten – und Stand jetzt wird genau zwei Monate später ein neuer Bundestag gewählt. Hand aufs Herz: Macht es Ihnen etwas aus, dass der Wahlkampf dieses Mal in die Advents- und Winterzeit fällt? **(Auswertung nach Altersgruppen)**



Wahlkampf im Winter? Je jünger die Befragten sind, desto eher macht ihnen diese Kombination etwas aus.

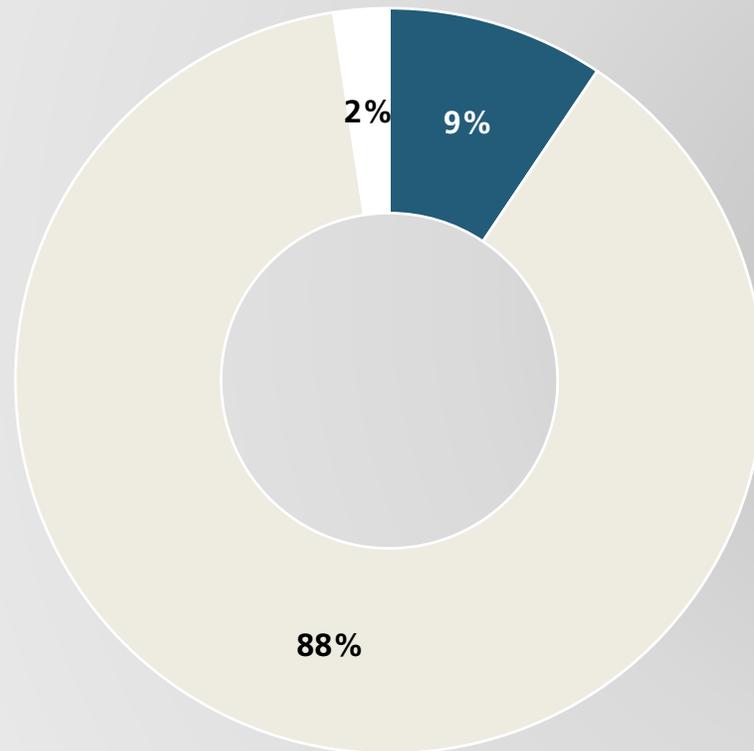
So gab etwa jede und jeder Dritte der Unter-30-Jährigen an, dass der Wahlkampf in Advents- und Winterzeit ihnen etwas ausmache. Bei den 30- bis 49-Jährigen war es jede und jeder Fünfte.

Bei den 50- bis 64-Jährigen macht nur noch jede und jeder Sechsten der Wahlkampf im Winter etwas aus; bei den Über-65-Jährigen ist es jede und jeder Siebte.

Egal in welcher Altersgruppe: Überall sind diejenigen deutlich in der Überzahl, denen Wahlkampf in der Advents- und Winterzeit nichts ausmacht.

Großteil der Befragten unzufrieden mit Arbeit der Bundesregierung

Frage: Wie zufrieden waren Sie 2024 mit der Arbeit der Bundesregierung?



■ (eher) zufrieden □ (eher) unzufrieden □ weiß nicht/ keine Angabe

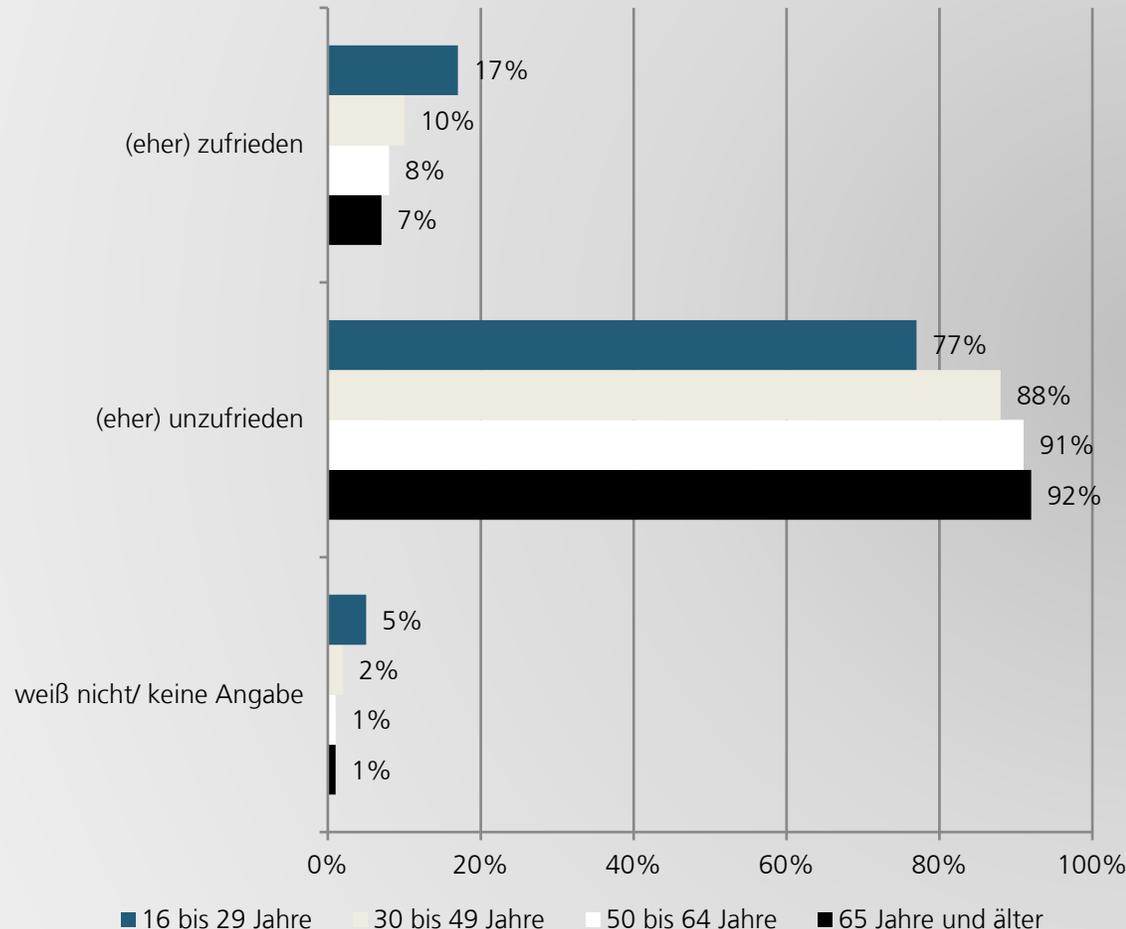
Das Jahr neigt sich dem Ende – und die Zeit der aktuellen (geschrumpften) Bundesregierung auch.

In der MDRfragt-Gemeinschaft herrscht überwiegend Unzufriedenheit mit der Arbeit des Scholz-Kabinetts: Gerade einmal eine von zehn Befragten (9 Prozent) ist zufrieden oder eher zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung im zu Ende gehenden Jahr.

Fast neun von zehn Befragten (88 Prozent) sind unzufrieden oder eher unzufrieden.

Altersgruppen-Vergleich: Je älter, desto unzufriedener mit der Arbeit der Bundesregierung

Frage: Wie zufrieden waren Sie 2024 mit der Arbeit der Bundesregierung? (Auswertung nach Altersgruppen)



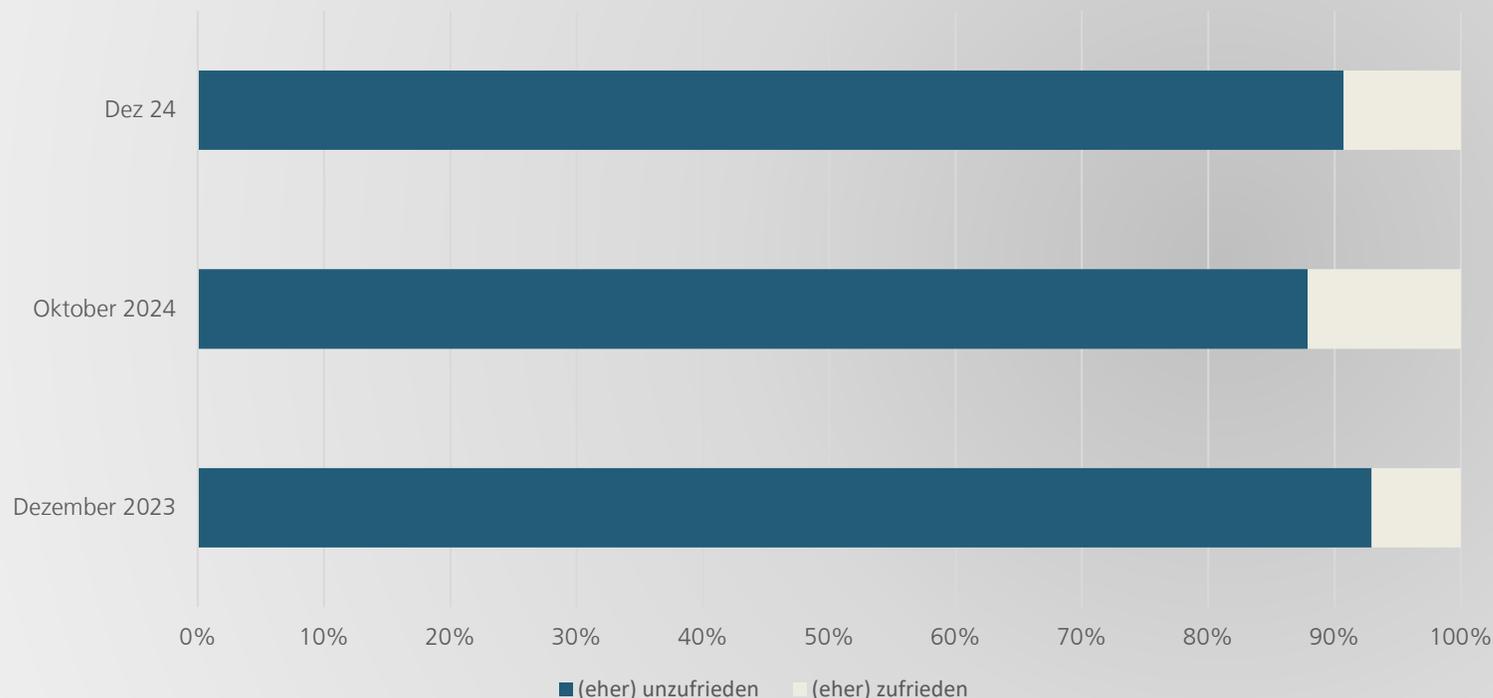
Egal, wie alt die Befragten sind: Bei allen Altersgruppen in der MDRfragt-Gemeinschaft überwiegt die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung im zu Ende gehenden Jahr. Gleichzeitig steigt der Anteil der Unzufriedenen mit dem Alter:

Sind bei den Unter-30-Jährigen noch drei Viertel der Befragten unzufrieden oder eher unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung (77 Prozent), so sind es bei den 30- bis 49-Jährigen schon fast neun von zehn Befragten (88 Prozent). Bei den Über-50-Jährigen liegt der Anteil sogar über 9 von 10 Befragten.

Jahresvergleich: Zufriedenheit mit der Bundesregierung minimal besser

Frage: Wie zufrieden waren Sie 2024 mit der Arbeit der Bundesregierung?

Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung



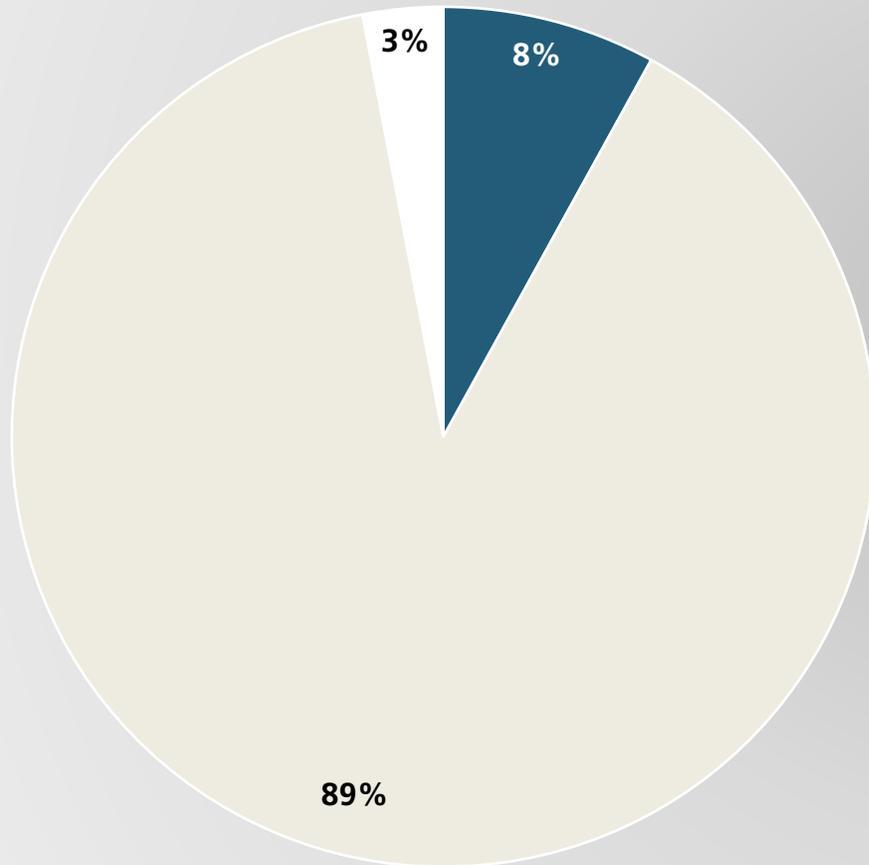
Auch wenn der Anteil derjenigen, die mit der Bundesregierung eher zufrieden sind, sehr überschaubar ist – hat sich der Wert im Jahresvergleich leicht verbessert:

Im Dezember vor einem Jahr waren nur 7 Prozent der Befragten zufrieden oder eher zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung. Allerdings gilt gleichzeitig auch: Vor zwei Monaten war die Sicht auf die Bundesregierung noch etwas positiver: Damals gaben 12 Prozent an, eher zufrieden oder zufrieden zu sein.

Egal, welchen Zeitraum man betrachtet, gilt immer: Ein Großteil der Befragten ist unzufrieden oder eher unzufrieden.

Kaum jemand traut Politik richtige Entscheidungen für die Wirtschaft zu

Frage: Wie groß ist aktuell Ihr Vertrauen in die Politik, dass sie bei der Unterstützung der Wirtschaft die richtigen Entscheidungen trifft?



■ (eher) groß □ (eher) klein/nicht vorhanden ■ weiß nicht/keine Angabe

Die Ampel-Regierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zeichnete sich über Jahre hinweg immer wieder durch heftige Debatten und Streits aus – doch am Ende besiegelte ein Richtungsstreit über die richtige Hilfe für die stolpernde Wirtschaft das Aus.

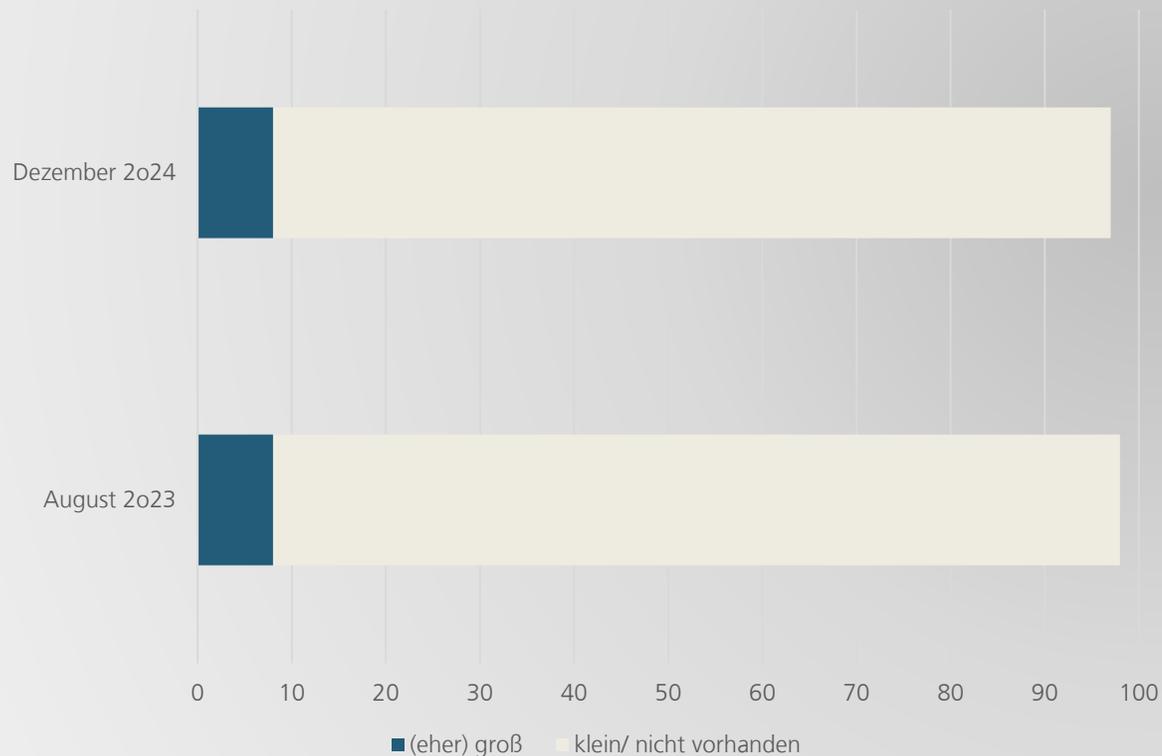
Und nun? Wie viel Vertrauen hat die MDRfragt-Gemeinschaft, dass politisch jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden, um der Wirtschaft zu helfen?

Eher wenig: Fast neun von zehn Befragten (89 Prozent) gaben an, nur wenig bis kein Vertrauen in die wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu haben. Umgekehrt sagen weniger als eine von zehn Befragten (8 Prozent), ihr Vertrauen sei groß oder eher groß.

Kaum jemand traut Politik richtige Entscheidungen für die Wirtschaft zu

Frage: Wie groß ist aktuell Ihr Vertrauen in die Politik, dass sie bei der Unterstützung der Wirtschaft die richtigen Entscheidungen trifft?

Vertrauen in gute politische Entscheidungen für die Wirtschaft



Wie sich in dieser Befragung schon mehrfach zeigte: Das Meinungsbild der MDRfragt-Gemeinschaft ist im Jahresvergleich ziemlich stabil.

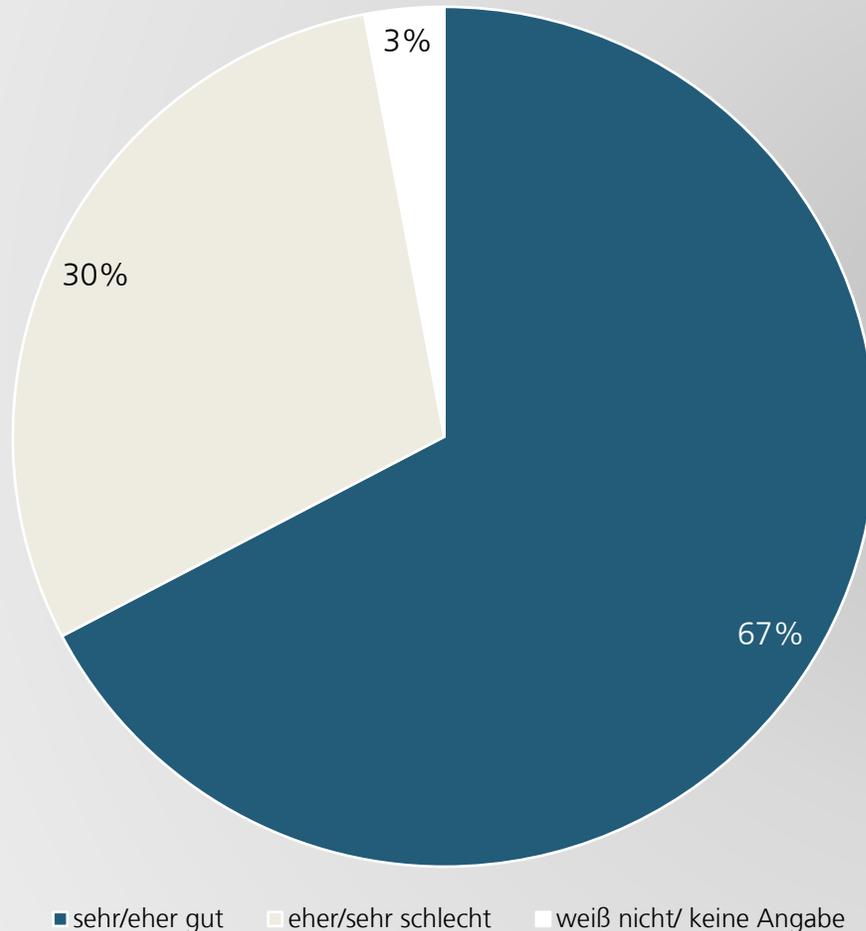
Das zeigt sich auch bei dem Ergebnis zur Frage, wie viel Vertrauen die Befragten gerade haben, dass für die Wirtschaft die richtigen politischen Entscheidungen getroffen werden.

Wie schon im August 2023 hat kaum jemand in der MDRfragt-Gemeinschaft entsprechendes Vertrauen in politische Entscheidungen zugunsten der Wirtschaft: Jeweils als eine von zehn Befragten hat entsprechendes Vertrauen.

Je neun von zehn Befragten hatten dieses Vertrauen im August 2023 nicht – und ebenso groß ist dieser Anteil im Dezember 2024.

Stimmungskompass: Zwei Dritteln geht es eher gut; einem Drittel eher schlecht

Frage: Zu Beginn würden wir in unserem kleinen Stimmungskompass gerne zunächst erfahren: Wie geht es Ihnen persönlich in der derzeitigen Situation?



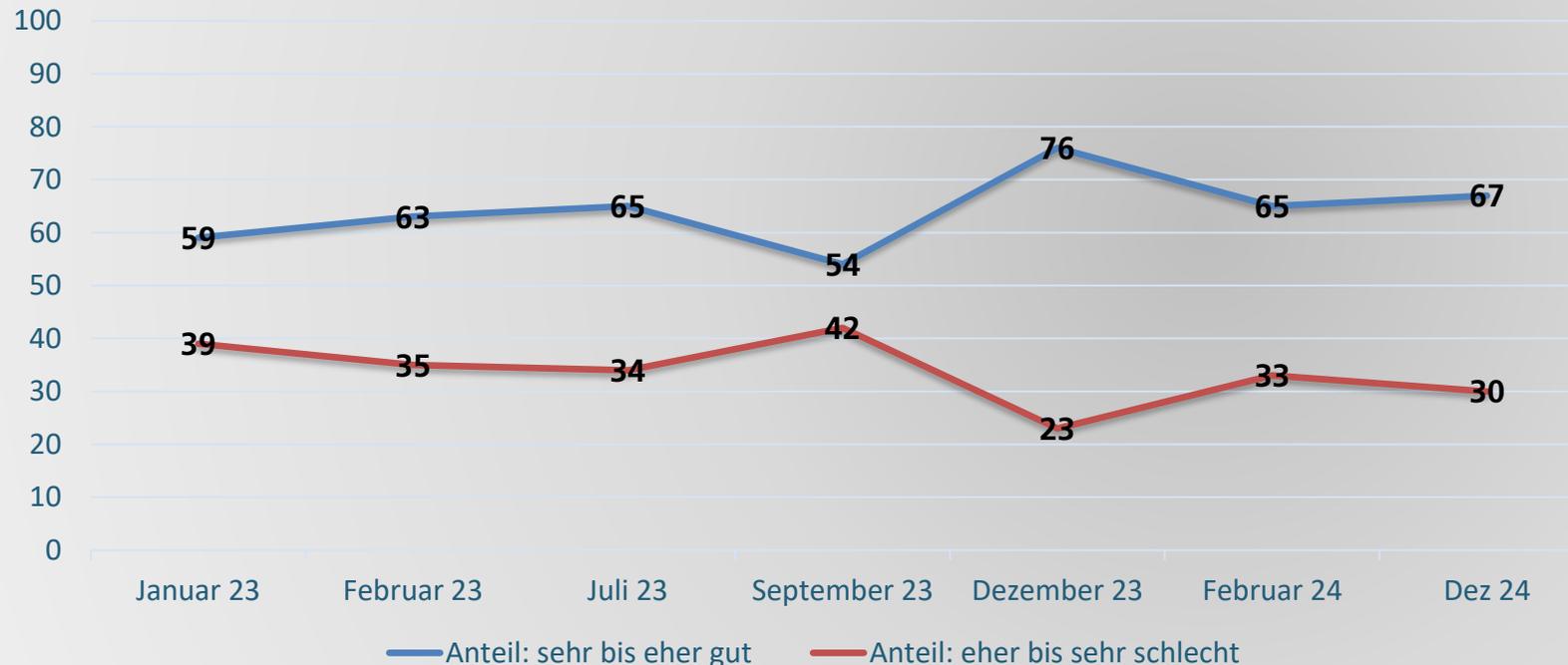
Es sind turbulente Zeiten – mal wieder oder schon wieder oder in neuer Wucht – das kommt auf die Perspektive an. Doch abseits der Entwicklungen in der großen Welt gibt es ja auch noch das ganz persönliche Leben.

Gefragt, wie es den Befragten gerade persönlich in der aktuellen Situation geht, zeigte der Daumen von gut zwei Dritteln (67 Prozent) eher nach oben, für weniger als ein Drittel (30 Prozent) hingegen nach unten.

Vergleich: Stimmung schlechter als vor einem Jahr – aber eher im Durchschnitt

Frage: Zu Beginn würden wir in unserem kleinen Stimmungskompass gerne zunächst erfahren: Wie geht es Ihnen persönlich in der derzeitigen Situation?

Stimmungskompass im Zeitverlauf



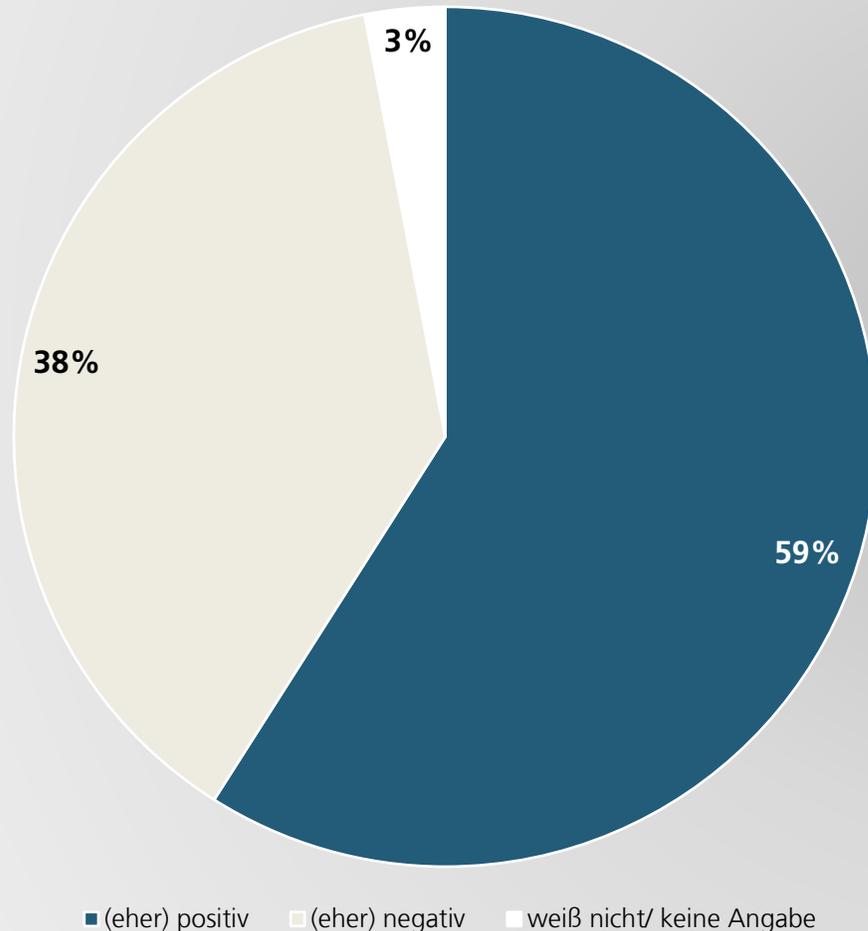
Das MDRfragt-Team bittet regelmäßig um eine Einschätzung, wie die MDRfragt-Gemeinschaft ihre persönliche Situation gerade einschätzt.

Im Jahresvergleich, also von Dezember 2023 bis Dezember 2024 hat sich die Stimmung deutlich eingetrübt: Vor einem Jahr sagten drei Viertel der Befragten, es gehe ihnen eher bis sehr gut. Aktuell schätzen zwei Drittel ihre Situation so ein. Gleichzeitig ist der Anteil derjenigen, die ihre persönliche Situation eher bis sehr schlecht einschätzen, von 23 auf 30 Prozent gestiegen.

Gleichzeitig zeigt sich: Die aktuelle Stimmungsverteilung entspricht in etwa dem Bild, das die MDRfragt-Gemeinschaft seit Januar 2023 häufiger abgegeben hat. Der Dezember 2023 ist in diesem Vergleich ein positiver Ausreißer.

Persönliche Jahresbilanz: In der MDRfragt-Gemeinschaft überwiegen positive Gefühle

Frage: Wir sind mitten in der Adventszeit. Das ist auch die Zeit, in der resümiert wird, wie das Jahr war. Jahresrückblicke im Großen wie im Kleinen gibt es überall. Wenn Sie an Ihre persönliche Situation denken: Mit welchem Gefühl blicken Sie auf 2024 zurück?



Das Jahr 2024 neigt sich dem Ende zu. Das ist nicht nur die Zeit der medialen Jahresrückblicke, sondern auch der persönlichen Bilanz: Was ist alles passiert, was wurde erlebt – und wie fällt der Gesamtblick auf?

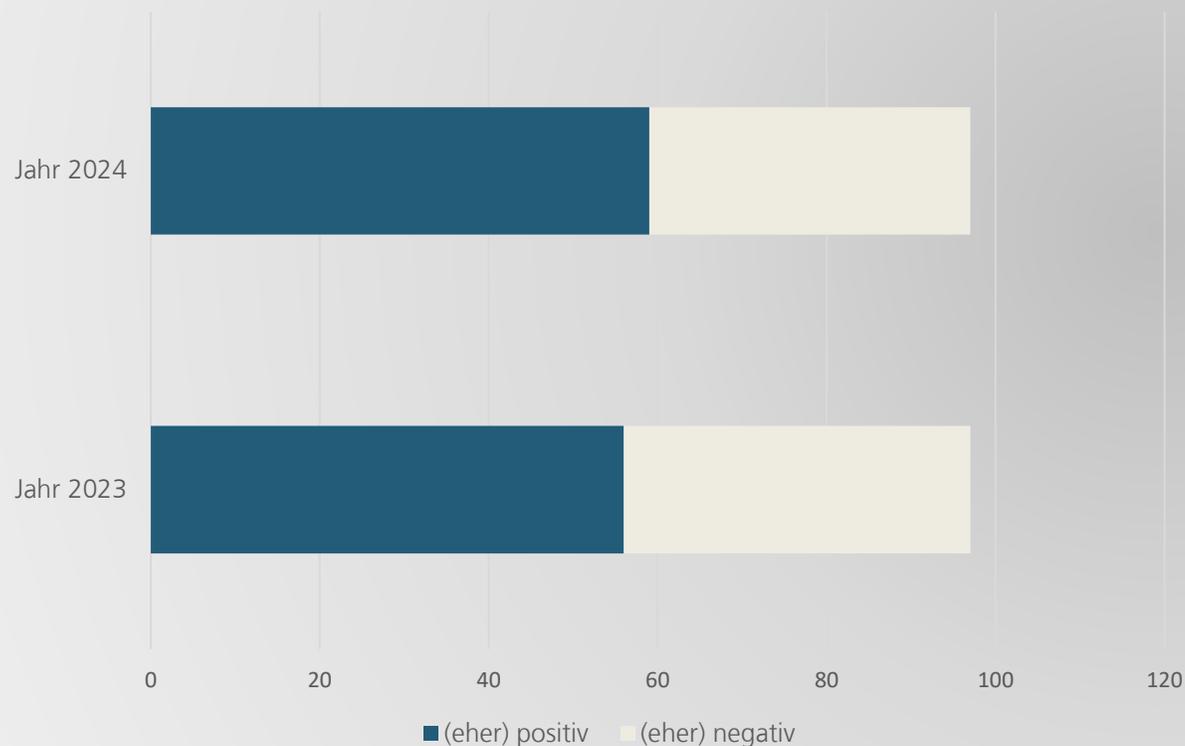
Für eine Mehrheit der MDRfragt-Gemeinschaft gilt: eher positiv. So gaben rund sechs von zehn Befragten (59 Prozent) an, ihre persönliche Jahresbilanz falle positiv oder eher positiv aus.

Für fast vier von zehn Befragten (38 Prozent) steht unter dem Strich hingegen eher eine negative Bilanz auf das Jahr 2024.

Jahresvergleich: Stimmungsbild zur Jahresbilanz im Vergleich zu 2023 konstant

Frage: Wir sind mitten in der Adventszeit. Das ist auch die Zeit, in der resümiert wird, wie das Jahr war. Jahresrückblicke im Großen wie im Kleinen gibt es überall. Wenn Sie an Ihre persönliche Situation denken: Mit welchem Gefühl blicken Sie auf 2024 zurück?

Persönliche Bilanz für das Jahr



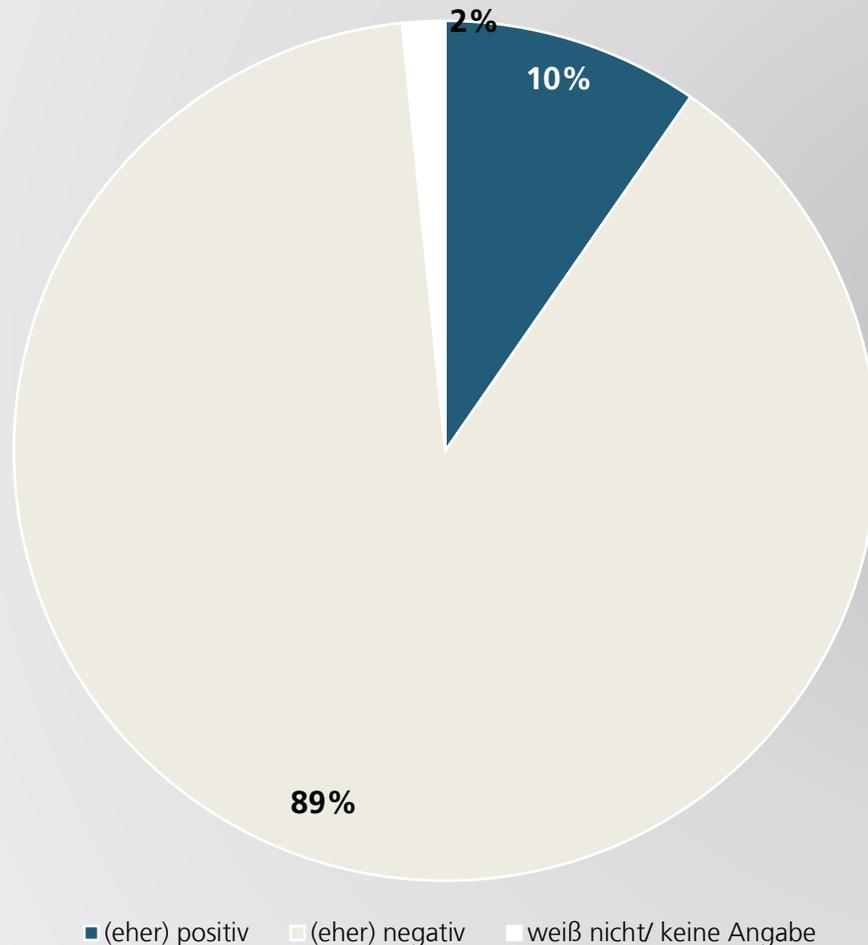
Wie bewertet die MDRfragt-Gemeinschaft das zu Ende gehende Jahr, wenn es um die persönliche Lage geht?

Im Jahresvergleich zeigt sich: Das Jahr 2024 wird in der Tendenz überwiegend positiv bewertet (59 Prozent). Für 38 Prozent der Befragten überwiegen hingegen eher negative Gefühle.

Damit ist das Stimmungsbild im Jahresvergleich stabil: Schon im vergangenen Jahr zog etwas mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) eine positive persönliche Bilanz für 2023. Für gut zwei Fünftel (41 Prozent) fiel die Bilanz eher negativ aus.

Allgemeine Jahresbilanz für 2024: Für 9 von 10 Befragten eher negativ

Frage: Und wenn Sie allgemein auf das Jahr schauen (gesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich): Mit welchem Gefühl blicken Sie da auf 2024 zurück?



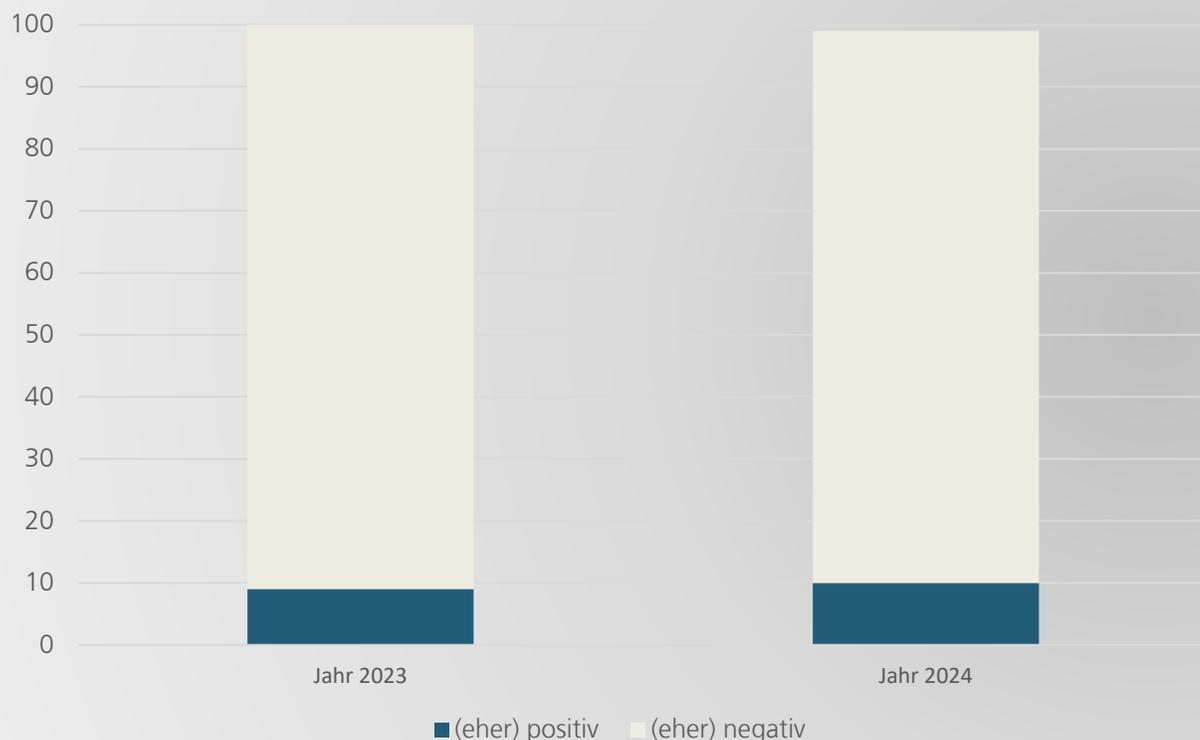
Während die persönliche Jahresbilanz für 2024 in der MDRfragt-Gemeinschaft tendenziell positiv ausfällt, zeigt sich mit Blick auf die allgemeine Entwicklung ein völlig anderes Bild:

Nur eine von zehn Befragten (10 Prozent) gab an, das Jahr 2024 sorge mit Blick auf die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ereignisse eher für ein positives Gefühl.

Für neun von zehn Befragten (89 Prozent) überwiegen hingegen die negativen Seiten.

Frage: Und wenn Sie allgemein auf das Jahr schauen (gesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich): Mit welchem Gefühl blicken Sie da auf 2024 zurück?

Allgemeine Bilanz für das Jahr



Ähnlich wie beim persönlichen Blick auf das zu Ende gehende Jahr zeigt sich auch bei der allgemeinen Bilanz:

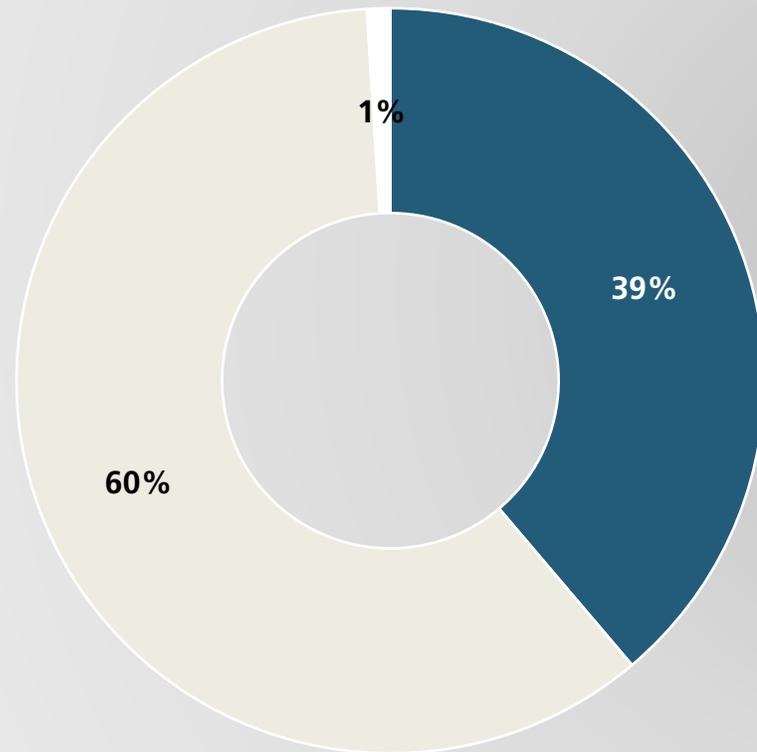
Das Stimmungsbild für 2024 fällt ziemlich genau so aus wie das Stimmungsbild für 2023.

So sagten aktuell 10 Prozent der Befragten, sie blickten eher positiv auf die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen des Jahres. Im Dezember 2023 waren es neun Prozent.

Umgekehrt fiel für 89 Prozent der Befragten die allgemeine Jahresbilanz negativ aus. Im Dezember 2023 war dieser Anteil mit 91 Prozent ungefähr genauso groß.

Mit Blick auf persönliche Zukunft überwiegt eher die Sorge

Frage: Mit Blick auf Ihre persönliche Zukunft, welches Gefühl überwiegt bei Ihnen derzeit?



■ (eher) Zuversicht □ (eher) Sorge ■ weiß nicht/ keine Angabe

Während die persönliche Bilanz für das laufende Jahr überwiegend positiv ausfällt, gilt das für den Blick in die eigene Zukunft eher nicht. Beziehungsweise gilt, die Verhältnisse kehren sich dabei fast um:

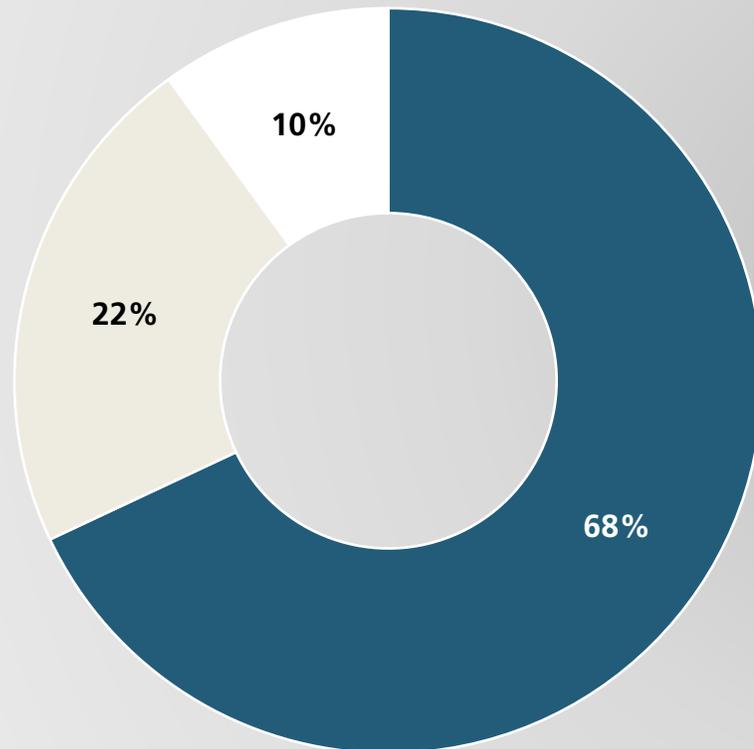
So gaben sechs von zehn Befragten (60 Prozent) an, sie blickten eher besorgt in ihre persönliche Zukunft. Zuversichtlich waren hingegen fast vier von zehn Befragten (39 Prozent).



**Laufzeit: 6. bis 9. Dezember,
24.211 Teilnehmende aus Mitteldeutschland**

Zwei Drittel finden Fortführung des Deutschland-Tickets sinnvoll

Frage: Das Deutschlandticket wird im kommenden Jahr nicht nur teurer. Es gibt auch aktuell erneut Debatten, ob es das bundesweit gültige Nahverkehrsticket weiterhin geben sollte oder nicht. Grundsätzlich gefragt: Halten Sie eine Fortführung des Deutschlandtickets im kommenden Jahr für sinnvoll?



■ (eher) ja ■ (eher) nein ■ weiß nicht/ keine Angabe

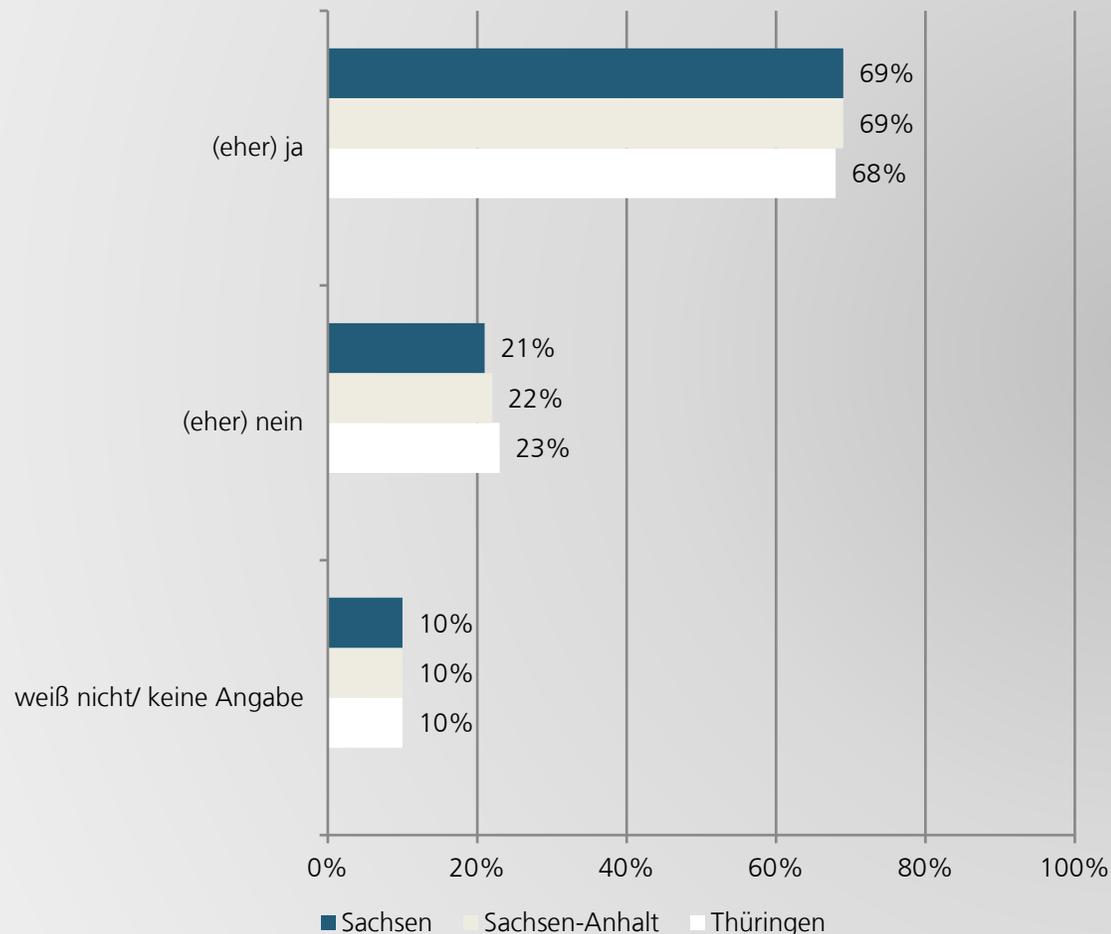
Der Bund startet ohne verabschiedeten Haushalt in das Jahr 2025 – und überhaupt gibt es seit Einführung immer wieder Streit darum, wie das Deutschlandticket auskömmlich finanziert werden soll. Immer wieder kommt der Vorschlag, das bundesweite Nahverkehrsticket wieder abzuschaffen.

Doch wenn es nach der MDRfragt-Gemeinschaft geht, dann hat das Deutschlandticket eine Zukunft: Gut zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) finden es sinnvoll oder eher sinnvoll, wenn und dass es auch im nächsten Jahr ein Deutschlandticket gibt.

Gut ein Fünftel (22 Prozent) hält es hingegen nicht für sinnvoll, wenn es weiterhin das bundesweite Nahverkehrsticket zum Festpreis gibt. Jede und jeder Zehnte (10 Prozent) positioniert sich in dieser Frage nicht.

Blick in die Bundesländer: Jeweils gleich viel Zuspruch für Fortführung des Deutschland-Tickets

Frage: Das Deutschlandticket wird im kommenden Jahr nicht nur teurer. Es gibt auch aktuell erneut Debatten, ob es das bundesweit gültige Nahverkehrsticket weiterhin geben sollte oder nicht. Grundsätzlich gefragt: Halten Sie eine Fortführung des Deutschlandtickets im kommenden Jahr für sinnvoll? **(Auswertung nach Bundesländern)**



Egal, in welches Bundesland man blickt: Überall im MDR-Sendegebiet gibt es dreimal so viele Befürworterinnen und Befürworter für deine Deutschlandticket-Fortführung als Gegnerinnen und Gegner.

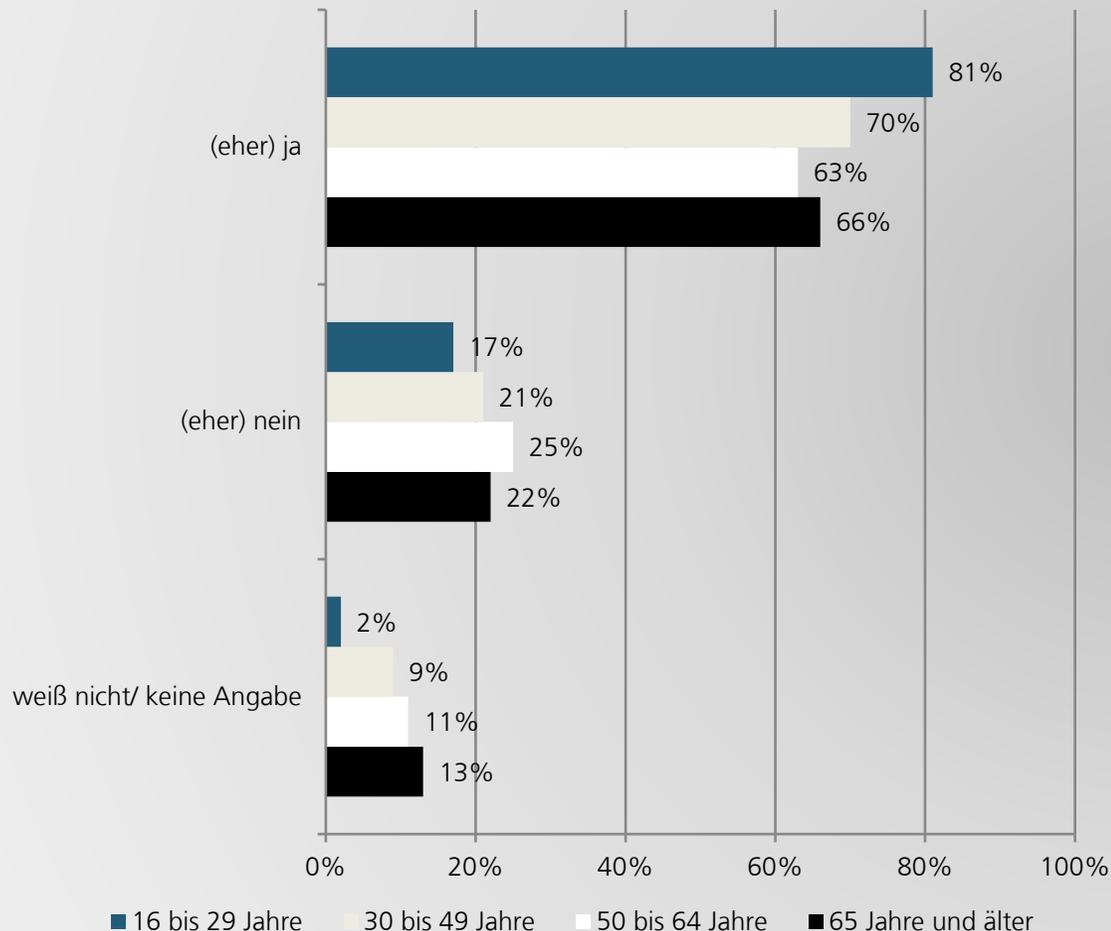
In Sachsen (69 Prozent), Sachsen-Anhalt (69 Prozent) und Thüringen (68 Prozent) finden es jeweils etwa sieben von zehn Befragten sinnvoll, das Deutschlandticket auch im kommenden Jahr anzubieten.

Gleichzeitig finden jeweils etwas mehr als zwei von zehn Befragten eine Fortführung tendenziell nicht sinnvoll (Sachsen: 21 Prozent; Sachsen-Anhalt: 22 Prozent; Thüringen: 23 Prozent).

Eine von zehn Befragten positionierte sich nicht.

Altersgruppen-Vergleich: Je jünger die Befragten, desto starker für eine Fortführung des Deutschlandtickets

Frage: Das Deutschlandticket wird im kommenden Jahr nicht nur teurer. Es gibt auch aktuell erneut Debatten, ob es das bundesweit gültige Nahverkehrsticket weiterhin geben sollte oder nicht. Grundsätzlich gefragt: Halten Sie eine Fortführung des Deutschlandtickets im kommenden Jahr für sinnvoll? **(Auswertung nach Altersgruppen)**



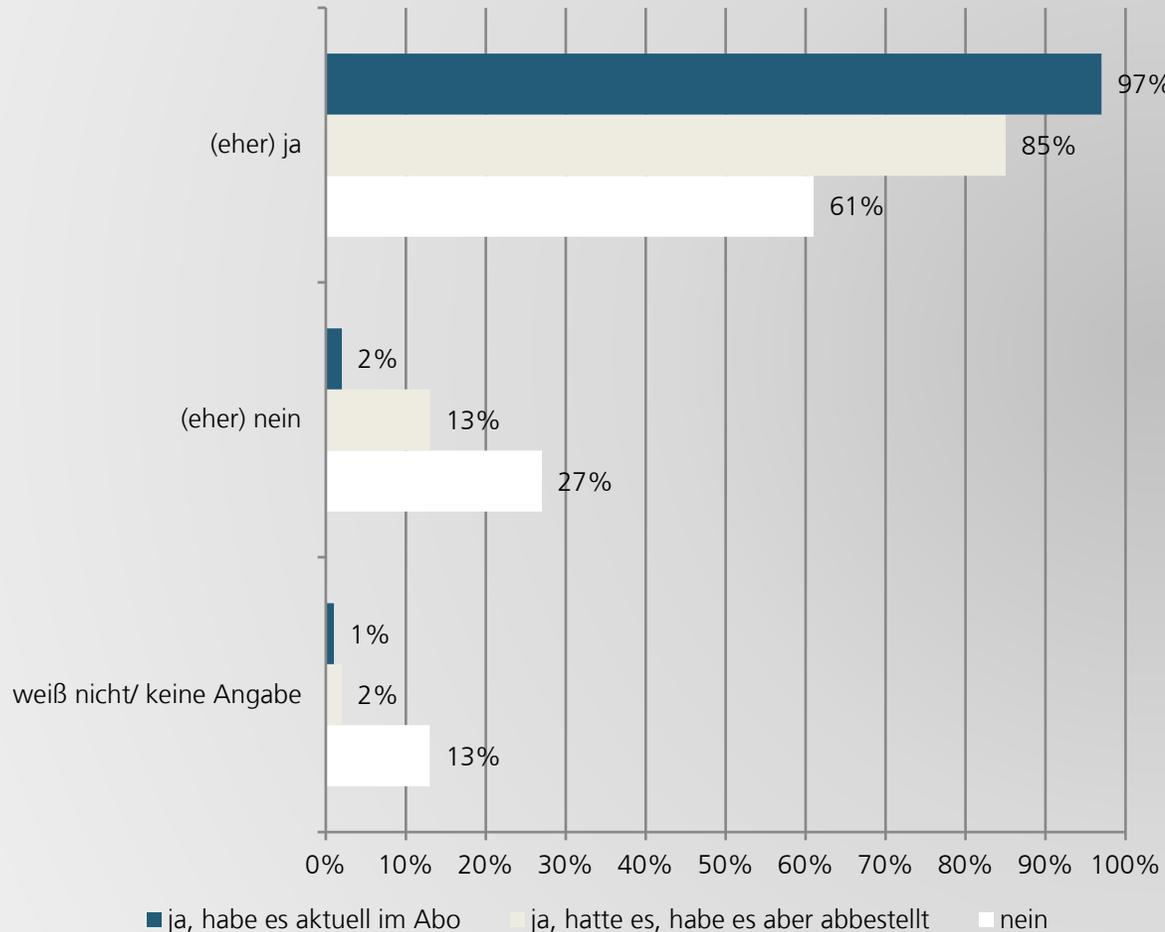
Jüngere Befragte finden es tendenziell häufiger sinnvoll, das Deutschlandticket fortzuführen:

So gaben bei den Unter-30-Jährigen acht von zehn Befragten (81 Prozent) an, eine Fortführung im kommenden Jahr sinnvoll oder eher sinnvoll zu finden. Bei den 30- bis 49-Jährigen lag der Anteil bei sieben von zehn Befragten (70 Prozent). Bei den beiden betrachteten Altersgruppen über 50 Jahre sind es jeweils mehr als sechs von zehn Befragten.

Gleichzeitig zeigt sich aber auch: Je älter die Befragten sind, desto häufiger positionieren sie sich in dieser Frage nicht. Zum Vergleich: Machten bei den Unter-30-Jährigen nur 2 Prozent der Befragten keine Angabe, so waren es bei den Über-65-Jährigen schon 13 Prozent.

Auch ehemalige Deutschlandticket-Nutzende häufiger für Fortführung als Noch-Nie-Nutzende

Frage: Das Deutschlandticket wird im kommenden Jahr nicht nur teurer. Es gibt auch aktuell erneut Debatten, ob es das bundesweit gültige Nahverkehrsticket weiterhin geben sollte oder nicht. Grundsätzlich gefragt: Halten Sie eine Fortführung des Deutschlandtickets im kommenden Jahr für sinnvoll? **(Auswertung nach Nutzung Deutschlandticket)**



Bei der Frage, ob es das Deutschlandticket auch in naher Zukunft noch geben sollte, zeigen sich deutliche Unterschiede mit Blick darauf, ob die Befragten selbst das Angebot nutzen oder schon einmal genutzt haben.

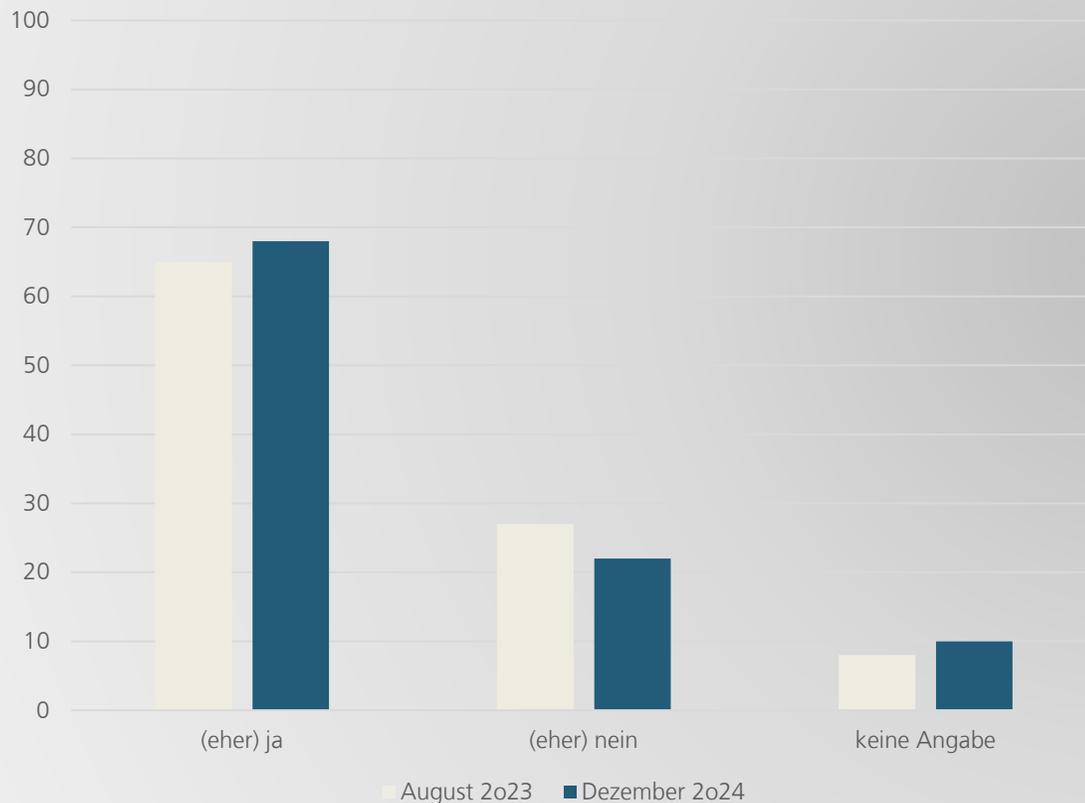
Unter den aktuellen Abonentinnen und Abonnenten sind quasi alle für eine Fortführung (97 Prozent). Nur etwas kleiner fällt der Zuspruch für eine Beibehaltung des Angebotes bei denen aus, die das Deutschlandticket mal hatten, aber nicht mehr haben (85 Prozent).

Dagegen deutlich geringer ist die Zustimmung unter jenen, die noch nie das Deutschlandticket genutzt haben: Unter ihnen sagen sechs von zehn Befragten (61 Prozent), dass sie die Fortführung sinnvoll finden.

Jahresvergleich: Zuspruch zu einer Fortführung des Deutschlandtickets stabil

Frage: Das Deutschlandticket wird im kommenden Jahr nicht nur teurer. Es gibt auch aktuell erneut Debatten, ob es das bundesweit gültige Nahverkehrsticket weiterhin geben sollte oder nicht. Grundsätzlich gefragt: Halten Sie eine Fortführung des Deutschlandtickets im kommenden Jahr für sinnvoll?

Fortführung des Deutschlandtickets sinnvoll



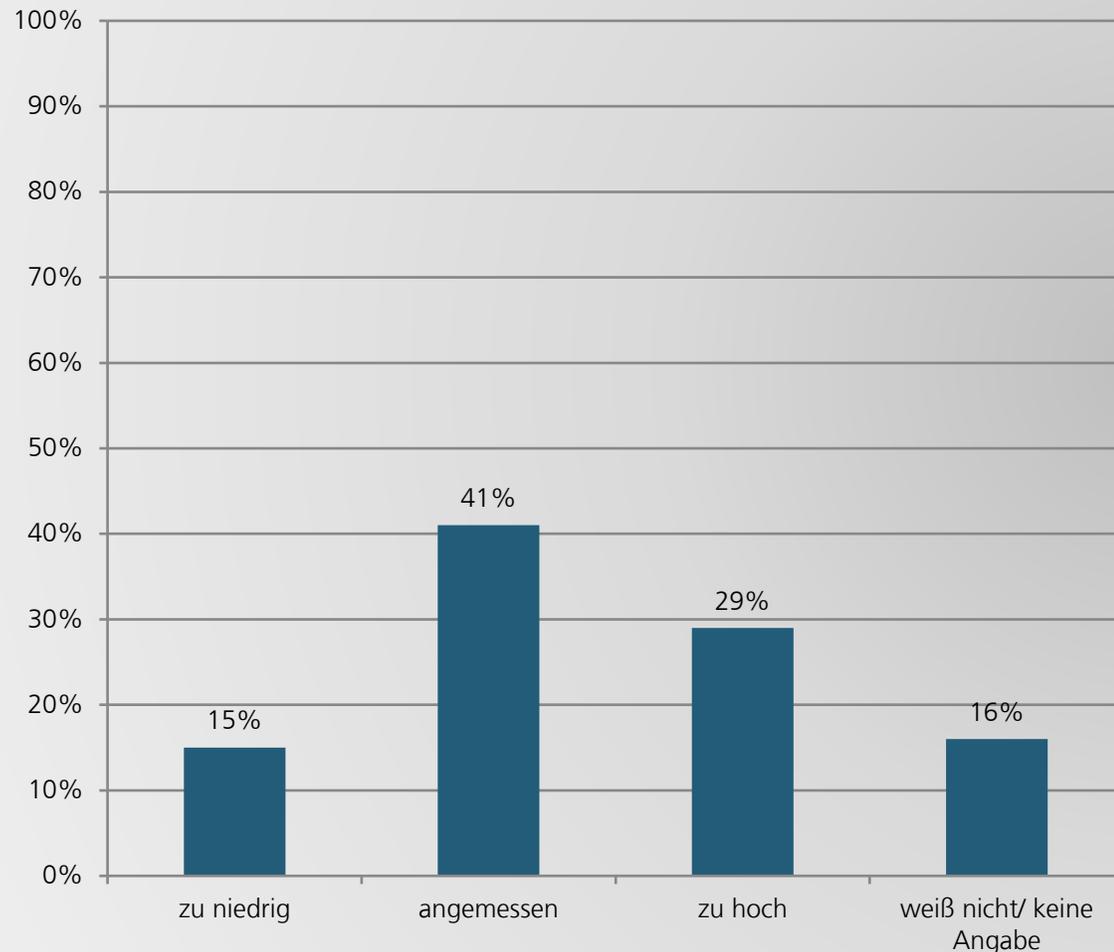
Der Bund startet ohne verabschiedeten Haushalt in das Jahr 2025 – und überhaupt gibt es seit Einführung immer wieder Streit darum, wie das Deutschlandticket auskömmlich finanziert werden soll. Immer wieder kommt der Vorschlag, das bundesweite Nahverkehrsticket wieder abzuschaffen.

Doch in der MDRfragt-Gemeinschaft gibt es stabil einen eher positiven Blick auf das Deutschlandticket: Wie der Jahresvergleich zeigt, fanden es im Sommer 2023 rund zwei Drittel (65 Prozent) der Befragten sinnvoll, das Deutschlandticket auch im Folgejahr anzubieten. Und gut zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) halten das auch im Dezember 2024 für sinnvoll.

Umgekehrt gilt: Etwa jede und jeder Vierte hielt es damals (27 Prozent) und hält es jetzt (22 Prozent) für nicht sinnvoll.

Preiserhöhung beim Deutschlandticket gilt tendenziell als angemessen

Frage: Das Deutschlandticket kostet ab 1. Januar 2025 58 Euro pro Monat. Bisher war das bundesweit gültige Nahverkehrsticket für 49 Euro pro Monat zu haben. Wie finden Sie den neuen Preis von 58 Euro pro Monat für das Deutschlandticket?



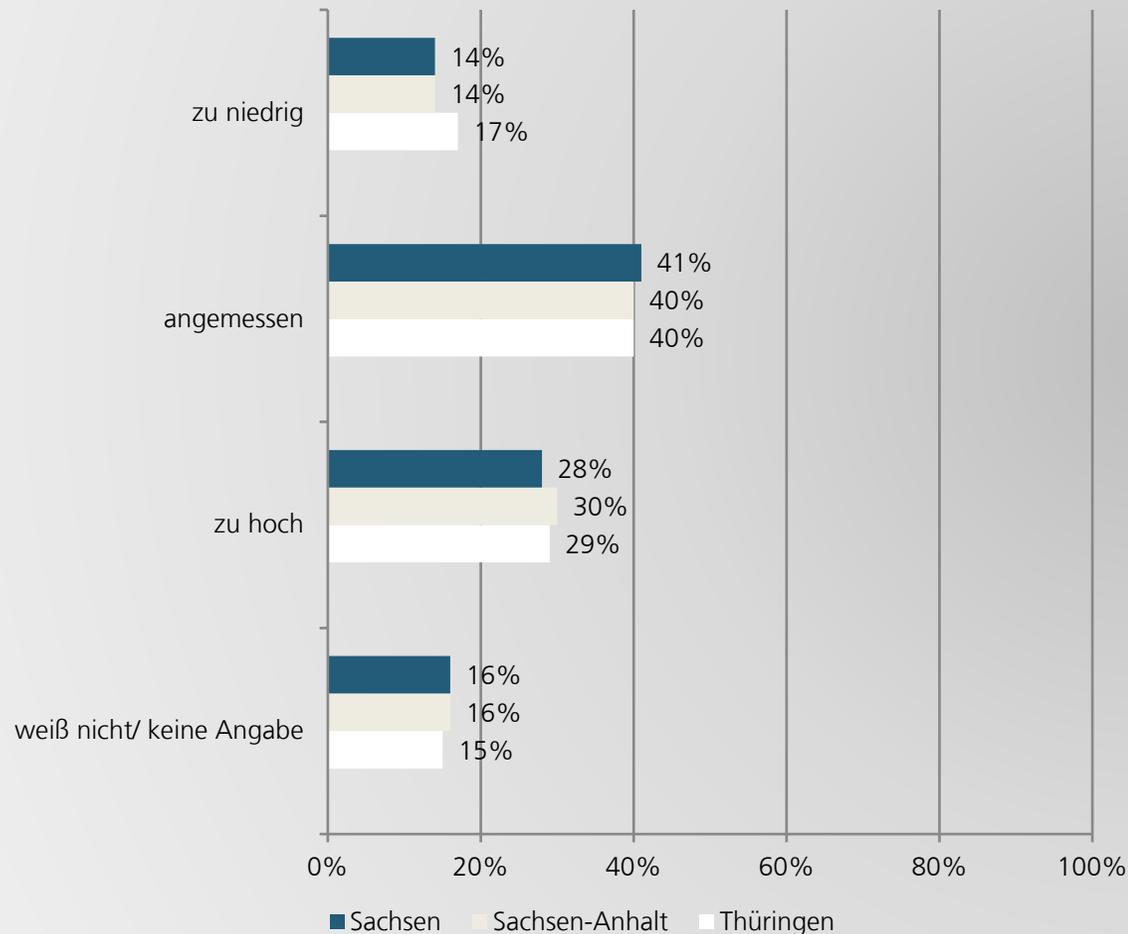
Zum Jahreswechsel steigt der Preis des Deutschlandtickets von bisher 49 auf dann 58 Euro.

Aus Sicht der MDRfragt-Gemeinschaft ist das tendenziell in Ordnung: Vier von zehn Befragten (41 Prozent) halten den neuen Preis für angemessen. Noch einmal 15 Prozent der Befragten halten ihn sogar noch für zu niedrig.

Für drei von zehn Befragten ist der Preis von 58 Euro hingegen zu hoch. 16 Prozent der Befragten positionierten sich in dieser Frage nicht.

Blick in die Bundesländer: Größter Teil hält Erhöhung für angemessen

Frage: Das Deutschlandticket kostet ab 1. Januar 2025 58 Euro pro Monat. Bisher war das bundesweit gültige Nahverkehrsticket für 49 Euro pro Monat zu haben. Wie finden Sie den neuen Preis von 58 Euro pro Monat für das Deutschlandticket? **(Auswertung nach Bundesländern)**



Das Synonym 49-Euro-Ticket für das Deutschlandticket hat zeitnah ausgedient. Denn ab kommendem Jahr kostet der bundesweit gültige Nahverkehrsfahrschein 58 Euro pro Monat.

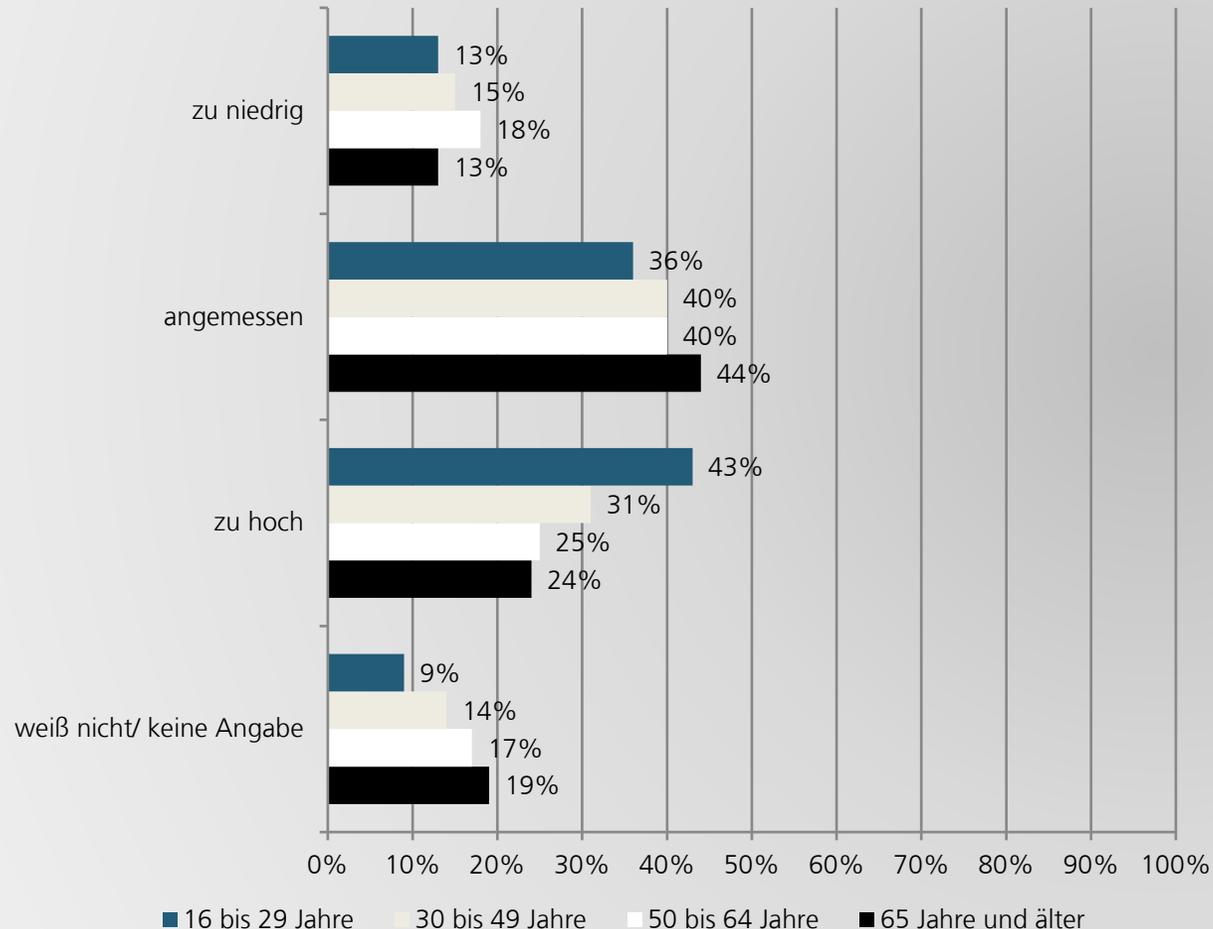
In allen drei Bundesländern meint der jeweils größte Anteil: Dieser neue Preis ist angemessen (Sachsen: 41 Prozent; Sachsen-Anhalt: 40 Prozent; Thüringen: 40 Prozent).

Für jeweils etwa drei von zehn Befragten in den drei Bundesländern ist der Preis zu hoch (Sachsen: 28 Prozent; Sachsen-Anhalt: 30 Prozent; Thüringen: 29 Prozent).

Nur etwa halb so groß ist jeweils der Anteil derjenigen, die finden, der Preis sei zu niedrig (Sachsen: 14 Prozent; Sachsen-Anhalt: 14 Prozent; Thüringen: 17 Prozent).

Altersgruppen-Vergleich: Je jünger, desto eher halten Befragte den Preis fürs Deutschlandticket für zu hoch

Frage: Das Deutschlandticket kostet ab 1. Januar 2025 58 Euro pro Monat. Bisher war das bundesweit gültige Nahverkehrsticket für 49 Euro pro Monat zu haben. Wie finden Sie den neuen Preis von 58 Euro pro Monat für das Deutschlandticket? **(Auswertung nach Altersgruppen)**

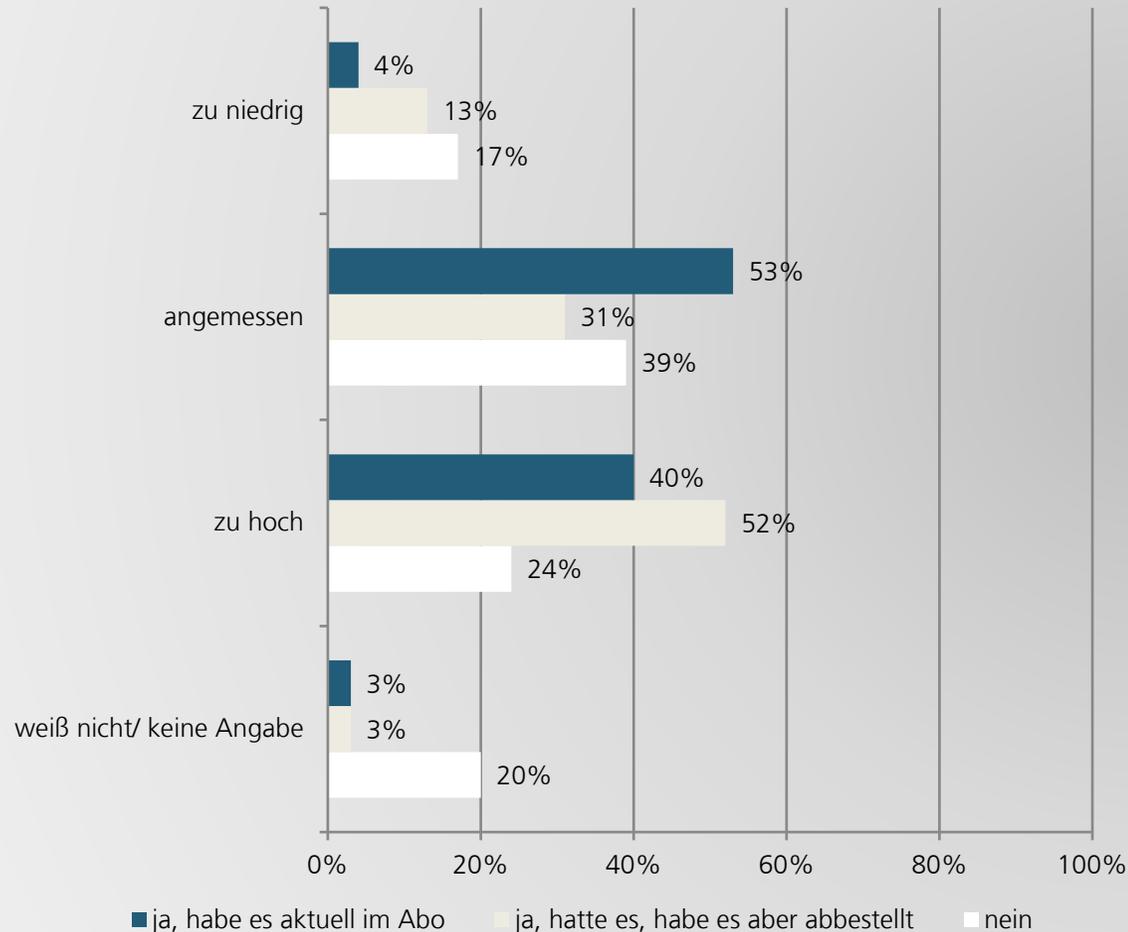


Bei der Frage, wie der neue Preis des Deutschlandtickets bewertet wird, zeigen sich einmal mehr Unterschiede zwischen den betrachteten Altersgruppen:

Je jünger die Befragten sind, desto höher ist der Anteil derjenigen die finden, der Preis von 58 Euro sie zu hoch.

Wer das Ticket abonniert hat, hält Preis meist für angemessen, Ex-Nutzende am ehesten für zu hoch

Frage: Das Deutschlandticket kostet ab 1. Januar 2025 58 Euro pro Monat. Bisher war das bundesweit gültige Nahverkehrsticket für 49 Euro pro Monat zu haben. Wie finden Sie den neuen Preis von 58 Euro pro Monat für das Deutschlandticket? **(Auswertung nach Nutzung Deutschlandticket)**



Wie blickt die MDRfragt-Gemeinschaft auf den neuen Preis, je nachdem, ob sie das Deutschlandticket selbst nutzen oder nicht?

Wer das Angebot aktuell nutzt, findet mehrheitlich: Der neue Preis ist angemessen. Gut jede und jeder Zweite Ticket-Abonnent (53 Prozent) sieht das so. Für vier von zehn aktuellen Nutzerinnen und Nutzern (40 Prozent) ist der neue Preis zu hoch. Weniger als eine von 20 Befragten mit Deutschlandticket (4 Prozent) findet den Preis zu niedrig.

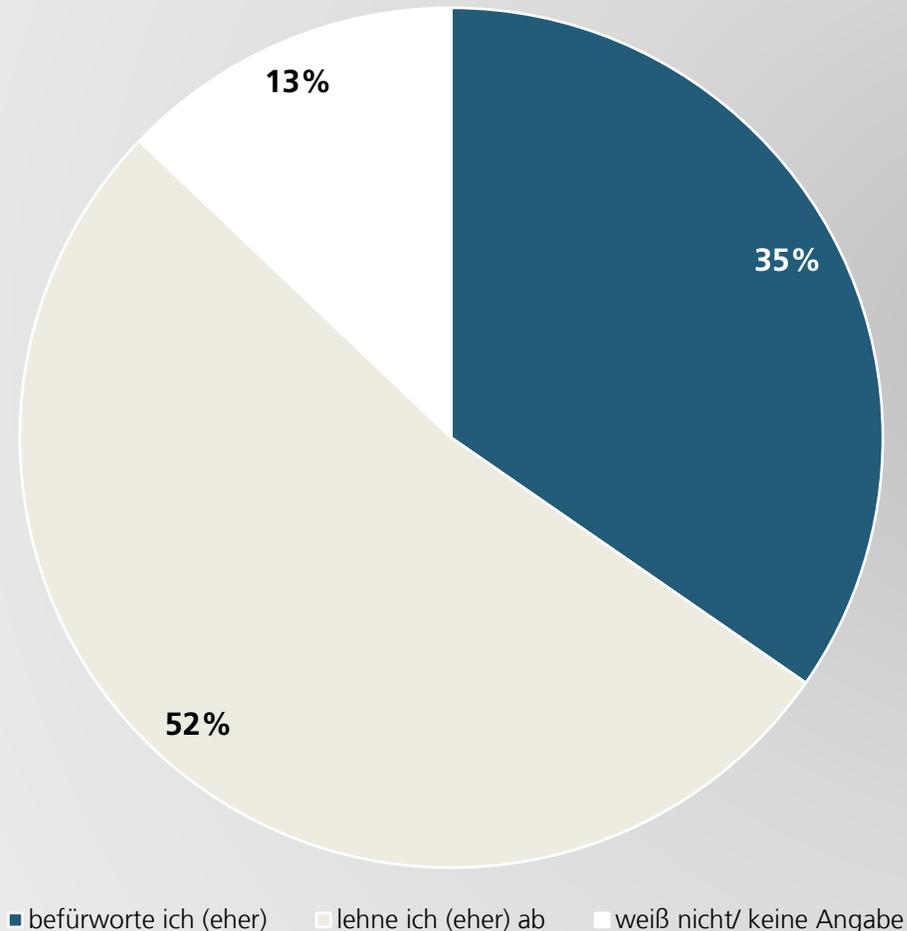
Wer das Deutschlandticket mal hatte, aber nicht mehr hat, findet hingegen mehrheitlich: Der neue Preis ist zu hoch (52 Prozent). Am wenigsten deutlich ist das Meinungsbild zum neuen Ticket-Preis unter jenen, die nie ein Abo hatten: Am ehesten herrscht in dieser Gruppe die Sicht, dass der neue Preis angemessen sei (39 Prozent), der Rest findet den Preis eher zu hoch (24 Prozent) als zu niedrig (17 Prozent). Jede und jeder Fünfte, der das Deutschlandticket noch nie genutzt hat, positioniert sich in der Preisfrage nicht.



Laufzeit: 6. bis 9. Dezember unter Beteiligung von 12.488 MDRfragt-Mitgliedern aus Sachsen

Sächsische MDRfragt-Gemeinschaft sieht geplante Minderheitsregierung überwiegend kritisch

Frage: In Sachsen haben sich nach langen Verhandlungen die CDU von Ministerpräsident Michael Kretschmer und die SPD von Sozialministerin Petra Köpping geeinigt, eine Minderheitsregierung zu bilden und mit wechselnden Mehrheiten zu regieren. Wie finden Sie es, dass Sachsen künftig von einer Minderheitsregierung regiert werden soll?



Bis zur Landtagswahl regierte Sachsens amtierender Ministerpräsident Michael Kretschmer mit seiner CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Nach der Wahl hat diese Dreierkonstellation keine eigene Mehrheit mehr. Sondierungen mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht scheiterten – und damit die einzige realistische Option für eine Mehrheitsregierung.

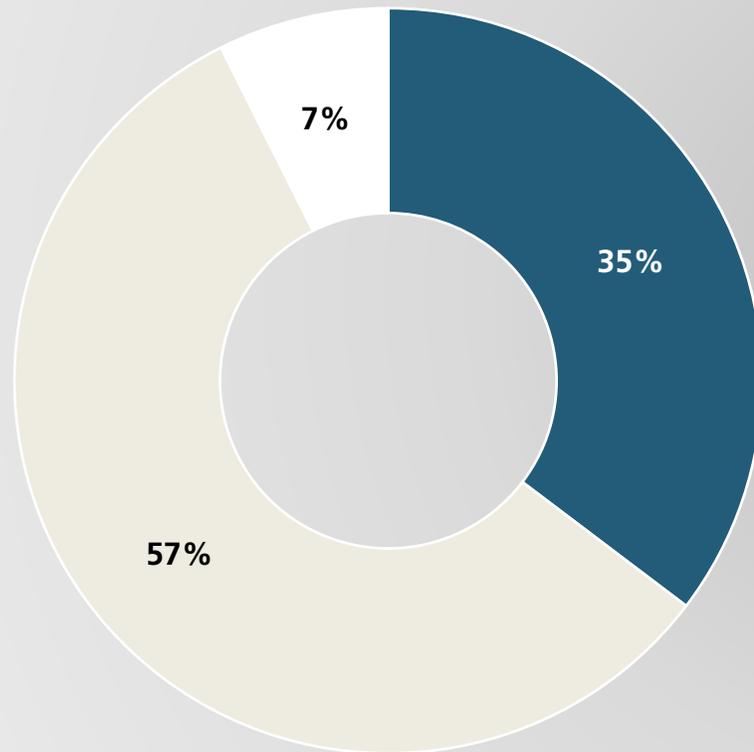
Jetzt wollen CDU und SPD ohne dritten Partner in einer Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten regieren. Aus Sicht der sächsischen MDRfragt-Gemeinschaft nicht die überzeugendste Idee:

Etwa die Hälfte der Befragten aus Sachsen lehnt es ab oder eher ab, dass im Freistaat künftig eine Minderheitsregierung das Kabinett bildet. Jede und jeder Dritte (35 Prozent) befürwortet diese Lösung eher.

Mehr als jede und jeder Zehnte (13 Prozent) positionierte sich nicht.

Ein Drittel der sächsischen Befragten traut Minderheitsregierung stabile Regierung zu

Frage: Und trauen Sie es dem Bündnis aus CDU und SPD zu, Sachsen stabil zu regieren?



■ (eher) ja □ (eher) nein □ weiß nicht/ keine Angabe

Anders als in Thüringen, wo es ebenfalls eine Minderheitsregierung geben soll, könnte das CDU-SPD-Bündnis tatsächlich mit wechselnden Mehrheiten regieren, ohne eigene Zusagen zu brechen. Dabei helfen soll ein neues Verfahren, bei dem Gesetzentwürfe der Regierung mit Vertreterinnen und Vertretern der Opposition diskutiert und gegebenenfalls angepasst werden, um diese Stimmen zu organisieren.

Trauen die sächsischen MDRfragt-Mitglieder dem neuen Bündnis zu, den Freistaat auf diese Weise stabil zu regieren? Mehrheitlich eher nicht.

Konkret gaben fast sechs von zehn Befragten (57 Prozent) an, dass sie nicht an eine stabile Regierung durch das geplante Minderheitsbündnis glauben. Gut ein Drittel der Befragten (35 Prozent) hat hingegen Vertrauen in diese Option.

Vertrauensfrage im Bundestag: Wird nach der Neuwahl alles besser?



Das **Meinungsbarometer** für Mitteldeutschland

Wer hat bei dieser Befragung mitgemacht?

Verteilung nach Altersgruppen:

16-29 Jahre: 219
 30-49 Jahre: 2.936
 50-64 Jahre: 10.240
 65+ Jahre: 10.816

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen: 12.488 (52 Prozent)

Sachsen-Anhalt: 5.825 (24 Prozent)
 Thüringen: 5.898 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich: 9.926 (41 Prozent)
 Männlich: 14.215 (59 Prozent)
 Divers: 70 (0,3 Prozent)

Nutzung Deutschlandticket:

Ja, aktuell: 2.904 (12 Prozent)
 Ja, früher: 1.613 (7 Prozent)
 Nein: 19.501 (81 Prozent)



MDRfragt ist ein Dialogangebot des Mitteldeutschen Rundfunks. Am Meinungsbarometer soll sich jede und jeder beteiligen können, der mindestens 16 Jahre alt ist und im MDR-Sendegebiet wohnt. Dieser Ansatz einer möglichst breiten Beteiligung sorgt dafür, dass die Ergebnisse der Befragungen laut Definition nicht repräsentativ sind.

Gleichzeitig gilt: Die Stimmungsbilder von MDRfragt sind aussagekräftig und können Meinungstendenzen und Stimmungen im Sendegebiet valide aufzeigen. Dabei hilft auch, dass die Ergebnisse nach bewährten wissenschaftlichen Kriterien anhand verschiedener soziodemographischer Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildungsgrad gewichtet werden, um sie an die Verteilung in der mitteldeutschen Bevölkerung anzupassen.

MDRfragt wird wissenschaftlich beraten und begleitet, beispielsweise durch regelmäßige Validitätstests. Mehr zur Methodik auf www.mdrfragt.de. Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.